

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.00 M., monatlich 1.10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3.00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Bestellungs-
 Verzeichnisse für 1899 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 sechs oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie
 Arbeitsmarkt 30 Pf. Inserate für die
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Anzeigenspreiser: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 25. April 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Das Zuckerkartell.

Schon seit Jahren sind lebhafteste Bestrebungen im Gange, den Zuckerverbrauch in Deutschland zu heben. Gerade die Zuckerindustriellen selbst waren es, die sogar besondere Geldmittel dafür auswarfen, um auf einen höheren Zuckerverbrauch im Inlande hinzuwirken. Als bei der Beratung des Etats für das Jahr 1898 der Staatssekretär des Reichsschatzamtes im Reichstage die Ansicht aussprach, daß zu einer wesentlichen Hebung des Zuckerconsums in Deutschland keine Aussicht vorhanden sei, da Deutschland im Gegensatz zu England, wo viel Thee getrunken und daher viel Zucker verbraucht werde, in erster Linie ein Bier konsumierendes Land sei, erhob sich gerade in den Kreisen der Zuckerinteressenten starker Widerspruch. Man führte damals und seitdem aus, Zucker sei ein Nahrungsmittel, kein Luxusartikel. Die Verdaulichkeit desselben sei absolut, während Mehl z. B. nur eine Verdaulichkeit von 60 Proz. besitze. Der Zuckergenuß würde den Gesundheits- und Ernährungszustand der Arbeiter wesentlich fördern und diese widerstandsfähiger machen. Es sei höchst bedauerlich, daß der Zuckerverbrauch erst bei demjenigen Teil der Bevölkerung anfangen, der gegen 3000 M. und mehr zu verzehren habe, während die Arbeiterfamilie in der Stadt wegen des hohen Preises wenig oder gar keinen Zucker verbrauchen könne. Die große Masse der Arbeiterbevölkerung auf dem Lande verbrauche erst recht keinen Zucker, sondern halte sich an Schnaps, im günstigsten Falle an Bier. Speisen und Kaffee genießen sie stets ohne Zucker, weil letzterer zu teuer sei. Mit allem Ernste wurde gefordert, daß die Regierung die Verbrauchsabgabe, die den Zucker um mehr als 100 Proz. des Wertes belaste, aufhebe; denn es sei eine Härte gegen den unbemittelten Mann, ihm ein treffliches Nahrungsmittel vorzuzugestalten. Durch eine solche Aufhebung würde der Konsumzucker nur 10-11 Pfennig das Pfund kosten und man werde die Erfahrung machen, daß der Verbrauch auf das Doppelte und Dreifache steige zum Wohlbeden der Bevölkerung und zum Segen der Landwirtschaft. Das waren damals die Ausführungen und Bestrebungen der deutschen Zuckerindustriellen. Man bot den Konsumenten gegen die Regierung auf.

Diese nämlich Kreise nun haben es so gut mit den Interessen der deutschen Bevölkerung gemeint, daß sie soeben aus eigener Initiative ein Zuckerkartell gebildet haben, durch das der Zuckerverbrauch, durch das inländische Bevölkerung in noch viel höherem Grade vom Zuckerkonsum abgehalten werden muß, als es bisher schon der Fall war. Denn nicht nur, daß die Verbrauchsabgabe auf Zucker nicht abgeschafft wird, kommt jetzt auch noch hinzu, daß die Zuckerindustriellen durch eine Kontingentierung der Zuckerproduktion den natürlichen Zuckerpreis künstlich in die Höhe treiben. Dies wird sofort klar, wenn man sich die Absichten des Zuckerkartells vergegenwärtigt. Nachdem vor kurzem erst der Spiritusring konstituiert wurde, folgt fast unmittelbar danach die Bildung des Zuckerkartells. Es handelt sich um zwei von einander getrennte Syndikate. Das eine umfaßt die Rohzuckerfabriken, das andere die Zuckerrefinerien. Diese beiden Syndikate sind als Gesellschaften mit beschränkter Haftung vor einiger Zeit gebildet worden und haben jetzt einen gegenseitigen Vertrag abgeschlossen, auf Grund dessen die Kontingentierung der Zuckerproduktion für den Inlandsverbrauch festgestellt wird. Die Refinerien zahlen für jeden Centner im Inlande verkaufter Raffinade an die Rohzuckerfabriken für den benötigten Rohzucker einen Preis, der 12,75 M. bei 88 Proz. Rendement pro Centner beträgt. Dieser Preis bildet den Inlands-Normalpreis für Rohzucker. Sinkt die Weltmarktpreis unter 12,75 M., so vergütet die Refinerien die Differenz. Erreicht der Preis 12,75 M., oder geht er höher, so fällt der Kartellmengen weg und die Rohzuckerfabriken erhalten den Marktpreis. Für den exportierten Zucker wird keine Preisgarantie übernommen, d. h. die Rohzuckerfabriken erhalten für ihn keinen unmittelbaren Zuschuß. Nun betrug im Jahre 1894 der Preis für 1 Centner Rohzucker 11,15 M., im Jahre 1895 9,99 M., im Jahre 1896 11,05 M., im Jahre 1897 9,70 M. und im Jahre 1898 10,39 M. Der Preis für Rohzucker ist also in den letzten Jahren durchweg niedriger gewesen als der in Rechnung gestellte Normalpreis des Syndikats. Beträgt der Weltmarktpreis für Zucker 10 M., so erhalten die Rohzuckerfabriken für jeden Centner Rohzucker, der zu Raffinade inländischen Konsums verarbeitet wird, eine Prämie von 2,75 M. Da der Konsum für 1898/99 annähernd

15 Millionen Centner betrug, so würde allein in diesem Jahre den Zuckerfabriken ein Nutzen von 14,25 Millionen Mark zufließen. Da der Verbrauch des Zuckers lediglich vom Preise desselben abhängt, so ist es klar, daß eine Verteuerung nicht dazu beitragen wird, den Zuckerverbrauch irgendwie zu heben. Schon heute ist der Zuckerverbrauch in Deutschland im Vergleich mit anderen Ländern noch recht bescheiden.

Es betrug nämlich der jährliche Zuckerverbrauch pro Kopf der Bevölkerung in Kilogramm:

Land	1870 bis 1874	1875 bis 1879	1880 bis 1884	1885 bis 1889	1896/97	1897/98
Großbritannien mit Irland	22,8	26,4	31,3	32,6	39,05	41,42
Vereinig. Staaten	17,6	16,8	21,8	24,5	29,50	26,90
Schweiz	6,7	9,2	11,4	16,2	21,49	23,64
Dänemark	12,0	12,2	14,5	16,2	21,59	22,15
Frankreich	7,8	8,5	12,0	10,7	14,90	14,07
Niederlande	8,6	9,5	11,9	9,8	10,47	10,47
Schweden	6,1	7,6	8,5	9,4	?	?
Deutschland	6,7	6,4	7,8	7,8	11,01	13,71

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß in der Schweiz, aber auch in andern Ländern der Zuckerverbrauch pro Kopf der Bevölkerung viel rascher und erheblicher gewachsen ist als in Deutschland. Erst in den letzten Jahren, in denen der Zuckerpreis bedeutend fiel, fing die Bevölkerung auch in Deutschland an, mehr sich dem Zuckerkonsum zuzuwenden. Da kommt nun auf einmal das neu gebildete Zuckerkartell und macht dieser Entwicklung dadurch ein Ende, daß es einen Inlands-Normalpreis ausstellt, der die Zuckerpreise in Deutschland auf eine solche Höhe stellt, wie sie nirgends dauernd bestanden. In England kostet heute schon im Kleinverkauf das Pfund Zucker etwa 10 Pf., in Deutschland dagegen 27 Pf. Rechnet man dazu, daß der englische Arbeiter etwa 25 Proz. Lohn mehr bezieht als der deutsche, so ist das Verhältnis wie 1 zu 4, d. h. der Zucker ist in Deutschland viermal so teuer als in England. Dies Verhältnis wird sich noch ungünstiger gestalten, da das Zuckerindulgent die Absicht hat, auf Kosten des inländischen Publikums den Zuckerexport möglichst zu fördern. Gelingt die Absicht des Zuckerkartells, seine Preise in Deutschland durchzuführen, so sind die Rohzuckerfabriken in den Stand gesetzt, noch zu viel billigeren Preisen, als es bisher schon der Fall war, nach dem Auslande zu exportieren. Da die Rohzuckerfabriken für den exportierten Zucker außerdem besondere Exportprämien beziehen, im Inlande einen exorbitant hohen Preis garantiert erhalten, so sind sie in einer Weise für den Export bevorzugt, wie in keinem anderen Lande. Diese Bevorzugung wird allein dadurch aufrecht erhalten, daß die deutsche Bevölkerung, für deren Zuckerverbrauch doch die Zuckerindustriellen selbst bisher eintraten, in ganz empfindlicher Weise geschädigt wird.

Dekanntlich besteht auch in Oesterreich-Ungarn ein ähnliches Syndikat, wie das jetzt von der deutschen Zuckerindustrie gebildet. Auch dort hat sich unmittelbar nach seiner Bildung herausgestellt, daß der inländische Zuckerkonsum sinken und wehrlos von dem Kartell ausgebeutet werden sollte. Die Regierung wußte sich daher bewegen, der konsumierenden Bevölkerung sich anzunehmen und einen besonderen Gesandten zur Kontrollierung der Kartelle auszusenden. Der leider zu einem gescheiterten Abschluß nicht gelangt ist. Immerhin ist durch das Vorgehen der österreichischen Regierung Deutschland der Weg gezeigt, sich der ausschweifenden Preispolitik der Kartelle zu erwehren. Nicht gegen den Gedanken der Kartellierung der Produktion überhaupt haben wir uns zu wenden, sondern gegen die Möglichkeit, daß Kartelle in ausschließlich privatrechtlicher Weise zur Ausbeutung des konsumierenden Publikums dienen können, um einer handvoll Kapitalisten unbedienten und reichen Gewinn in den Schoß zu werfen. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß gerade das Zuckerkartell in weiten Kreisen der Bevölkerung den Widerstand gegen die Preispolitik der Kartelle wachrufen wird. Denn es ist ein Mißstand, der, je länger, desto lebhafter empfunden werden wird, daß wir in Deutschland, dem ersten Lande der Zuckerproduktion, teureren Zucker als irgendwo in der Welt verzehren müssen, während in Auslande, z. B. in England, der deutsche Zucker zu einem Spottpreise verkauft wird.

Katholische Prügel.

Das Centrum ist zwar in allen politischen Fragen uneinig, wenn es aber ein katholisches Interesse, ein vermeintliches oder ein wirkliches, zu verteidigen gilt, dann ist es einig, einig bis zur Besinnungslosigkeit. Jedes Vergehen, das sich ein Katholik oder eine katholische Gemeinschaft hat zu Schulden kommen lassen, wird strupplos verteidigt. Katholische Schriftsteller rechtfertigen den Mordmord, wenn er durch ein katholisches Interesse veranlaßt ist. Man wird sich also nicht wundern, daß sich die „Köln. Volkszeitung“ in einer Weise mit der Prügel-Schwester Karola solidarisch erklärt, daß man das Prügeln füglich für eine unantastbare katholische Kircheneinrichtung halten muß. Bisher konnte man den Fall für eine vereinzeltete Ausschreitung halten, durch die Haltung der katholischen Presse wird diese Auffassung unmöglich. Die „Kölnische Volkszeitung“

behandelt die Angelegenheit im schönsten feuilletonistischen — sie selbst würde sagen jüdischen — Stil:

In dem von katholischen Ordensschwestern geleiteten St. Josefs-Waisenhause zu Potsdam ist bekanntlich ein jugendlicher Leugner, der wiederholt aus der Anstalt ausgerissen war und Kommerzienräte zum Ausreißen zu verleiten versucht hatte, in der Weise gezügelt worden, wie man von alters her nichtsnutzige Vengel zu züchtigen pflegt. Ob er dabei vielleicht den einen oder den anderen Hieb mehr erhalten hat, als unbedingt nötig gewesen wäre, kann man ja dahingestellt sein lassen; jedenfalls hat der Junge irgend welchen körperlichen Schaden von der Züchtigung nicht gehabt, und Professor v. Bergmann, der als gerichtlichem Gutachter über den „Fall“ vernommen wurde, hat ganz entrüstet Verwahrung dagegen eingelegt, daß man eine solche wohlverdiente Züchtigung zu einer Mißhandlung und Körperverletzung zu stampeln veruche. Aber wie es in unserem humanen Zeitalter geht, der Junge hat seiner Mutter in Berlin das ihm widerfahrene „grausame

Unrecht“ geklagt, die Mutter hat Lärm geschlagen und Arzt und Polizei mobil gemacht; die Presse fiel mit um so größerem Vergnügen über den Fall her, als es um eine katholische, von Ordensschwestern geleitete Anstalt sich handelte, und schließlich erhob der Staatsanwalt Anklage gegen die Schwester, die die Exekution angeordnet, und den Wärter, der sie ausgeführt hat. Das Gericht, vor dem Professor v. Bergmann das erwähnte Gutachten abgab, sprach beide frei, aber für alle „edel und human denkenden“ Menschen, besonders für die Presse, war die Sache damit keineswegs erledigt. Mit hoher sittlicher Entrüstung fiel man über die „barbarische“ Schwester Karola her, die den Vengel, als er sich losgerissen hatte, festhielt und nach Verabfolgung einer Anzahl Hiebe den „grausamen“ Ausdruck gethan haben soll, er habe noch nicht genug. Alles, was wir so oft über die „verrohende Wirkung“ der Prügelstrafe gehört haben, wurde uns nochmals eindringlich andauernd eingeprägt, und damit ja die Schwester so schwarz wie möglich gemalt wurde, wurde der Wärter, der die Prügel verabreichte, als ein im Vergleich zu ihr humaner Mensch hingestellt.

Daß sich die „Köln. Volkszeitung“ auf das Gutachten des Professor v. Bergmann beruft, zeigt, wie sehr sie von allen guten Geistern verlassen ist. Sie hätte ehrlicher Weise auch gleich den zweiten Sachverständigen, dessen Anschauungen im Prozesse eine Rolle spielten, nennen sollen, den jüdisch-italienischen Heiden Lombroso, dessen Lehre vom geborenen Verbrecher freilich nicht das Prügeln, sondern die Beseitigung der Strafe begründen soll.

Dann will die „Köln. Volkszeitung“ der Welt einreden, daß man sich über die Nothheit nur aufgeregt hat, weil es sich um eine Anstalt katholischer Schwestern handelt. In städtischen Schulen werde auch nicht selten das Züchtigungsrecht überschritten:

„Daß in den städtischen Waisenanstalten nicht geprügelt werde, glauben die entrüsteten Stadtväter doch wohl auch selbst nicht, und daß es dabei immer so zart und human hergehe, wie es von der katholischen Anstalt verlangt wird, wäre eine naive Voraussetzung.“

So wörtlich in der „Köln. Volksztg.“ zu lesen. Für ihre Beschuldigung der städtischen Waisenanstalt wird sie wohl das nötige Material beibringen, um der Stadtväterverwaltung Gelegenheit zu geben, mit eisernem Besen den Unrat auszukehren, der — nach der Behauptung des Centrumsblattes — dort zu finden ist. Denn die Waisenkinder in den städtischen Anstalten müßten ja wahren Bestien ausgeliefert sein, wenn es dort noch nicht einmal „so zart und human“ hergeht wie in dem Reich der zarten und humanen Schwester Karola. Wenn die „Kölnische Volksztg.“ den Beweis nicht erbringt, so hat sie sich einer nichtswürdigen Verleumdung schuldig gemacht, wie es ja auch eine Behauptung wider besseres Wissen ist, daß man sich über das Prügeln in städtischen Volksschulen nicht empört habe. Das Kölnische Centrumsblatt weiß sehr wohl, daß der Schöneberger Schülermißhandlungsprozeß eine nicht minder herbe Verurteilung in der öffentlichen Meinung erfahren hat, als die zarte Humanität der Schwester Karola. Die allgemeine Entrüstung gilt nicht der katholischen Einrichtung, wie die „Köln. Volksztg.“ schwärzelt, sondern einzig der barbarischen Züchtigung, die principiell zu verurteilen ist, gleichgültig, wie und wo sie begangen wird. Gerade umgekehrt liegt die Sache. Die „Kölnische Volkszeitung“ ist es, die aus der einzelnen Verfehlung eine katholische Angelegenheit macht, die durch ihre Verhöhnung der mit Recht Empörten den Anschein erweckt, als ob die Handlungsweise der Schwester Karola untrennbar mit einem katholischen Institut verbunden sei. Wir halten kulturkämpferische Tendenzen für verwerflich und lächerlich, das katholische Blatt aber ist mit größtem Erfolge bemüht, die Notwendigkeit und Nützlichkeit des Kulturkampfes nachzuweisen.

Der Artikel der „Köln. Volksztg.“ ist jedoch nicht nur roh und unwahr, er ist auch sehr unflug, sehr undiplomatisch. Die Meinung jener Anstalt hat bekanntlich Beförderung versprochen. Das Hauptorgan der Centrumpartei aber beharrt im Sündentrog, es findet kein Wort entschiedener Mißbilligung für die Unthat, sondern lediglich für die Kritiker der Schändlichkeiten. Wenn ein so einflussreiches Blatt des Centrums den Schleier katholischer Charitas über die Verfehlungen breitet, zugleich aber das Nachschwert über die „Humanitätsschwärmer“ schwingt, darf man da noch an den Ernst jenes Besserungsgelöbnisses glauben? Die ehrliche Auskehr ist der Anfang echter Einkehr. Hier aber brät man zur höheren Ehre der Schwester Karola ergrimmt ein paar Rezer, und mit einem heuchlerisch-frohlockenden „Bei Euch ist's viel schlimmer“ sucht man den gerechten Horn der Öffentlichkeit zu ersticken. Dieser Kampfesmut, wo demütiges Geschehen sich ziemte, bietet wahrlich keine Gewähr für eine Wandlung in den pädagogischen Grundsätzen katholischer Waisenanstalten.

Für die Beratungen der Stadtverordneten-Kommission kommt der Karola-Artikel der „Köln. Volksztg.“ gerade recht. Er muß denen die Wehrtheit verschaffen, die — trotz des Freiherren v. Mirbach — der Meinung sind, daß der Anstalt die städtischen Waisen so bald wie möglich zu entziehen seien. Für fromme Heiden, die alle Peinigungen in Märtyrergröße auf sich nehmen, haben wir Verständnis, aber es ist uns unmöglich, in den Geschöpfen Heilige zu bewundern, die das seltsame Werk üben, anderen ein Martyrium zu bereiten. Die „Köln. Volksztg.“ scheint in ihrem Kultus der Schwester Karola, in ihrer Verehrung katholischer Prügel, in der letzteren Verhätigung das Merkmal höchsten Menschentums anzubeten. —

Der Prügelfustiaft

Professor v. Bergmann, dessen „sachverständiges“ Gutachten über die dem Anaben Steiner im St. Josefs-Waisenhaus zugefügte Mißhandlung in der letzten Stadterordneten-Versammlung gebührend be- b. h. verurteilt wurde, hat sich zu einer „Zurechtstellung“ der Ausführungen unseres Genossen Singer aufgestellt.

Der Professor erweist der „National-Zeitung“ die Ehre, seine Verlegenheitsstimmeln veröffentlicht zu dürfen. Die Redaktion des Blattes antwortet über diesen Beweis Geheimnisslichen Vertrauens, indem sie sich der Rücksicht gegenüber in tiefes Schweigen hält und damit deutlich zeigt, welcher Wert der „Zurechtstellung“ im Bureau der „National-Zeitung“ beigelegt wird.

Herrn v. Bergmann, der in der literarischen Rechtsfertigung seines „Gutachtens“ alles Kunststück durcheinanderwirft, beliebt es, einen in seiner wissenschaftlichen Ueberzeugung geklärten Gelehrten zu spielen. Logik ist aber nicht die stärkste Seite des berühmten Mannes zu sein. Er will eine Rechtfertigung seiner Geschichtszüge mit den Abbildungen einiger Verbrechertypen in Lombroso's Werke nicht bestreiten und sagt, daß er, „obgleich schon längst erwachsen, nicht zum Verbrecher geworden sei. Die vorerfliche Erziehung, deren er sich zu erfreuen hatte, mag das verhütet haben“. Nun ja, das ist's eben, „Vortreffliche Erziehung“. Nach unserer Meinung sind Prügel und Mißhandlung keine vortrefflichen Erziehungsmittel. Dem jungen Bergmann ist vermutlich nicht das Ehrgefühl herausgeprägt worden, und sollte er gar schlechte Anlagen gehabt haben, so hat er es unzweifelhaft seiner „vortrefflichen Erziehung“ zu danken, daß er sich heute mit Stolz zu den hervorragenden Männern rechnen darf. Der weise, was aus dem Anaben Bergmann geworden wäre, hätte er gleich dem Anaben Steiner unter dem Regiment des Stacks gestanden.

Unter Berufung darauf, daß seine Vorfahren seit mehr als 100 Jahren in die deutsche Adelsliste eingetragen seien und der Mann, auf den er sein Geschlecht zurückführt, im Dienste des kaiserlichen Georg Wilhelm gestanden habe, vermag sich der Professor gegen die Anfechtung Singers, der das Gutachten als aus russischen Anschauungen beruhend bezeichnet. Nach der in Weidemann abgelegten Probe des „urkundlich Deutschen“ darf man aber annehmen, daß russisches Aristokratie dem „germanischen Blute“ des Professors v. Bergmann in einem so starken Prozentsatz zugelegt sein muß, daß sich bei ihm die deutsche Kultur in slavische Härte verwandelt hat. Aber nicht nur sein „Deutschtum“ führt der Vorläufer für Prügelpädagogik ins Feld, auch die heilige Schrift, das Buch der Richter, muß Herrn v. Bergmann dienen, um die Notwendigkeit des Stacks in der Erziehung nachzuweisen. Der fromme Mann citiert als Maßstab seines Lebens das Bibelwort:

„Wer sein Kind lieb hat, der hält es stets unter der Hand, daß er hernach Freude an ihm erlebe. Wenn einer sein Kind zücht, das verdrückt seinen Feind. Wer aber seinem Kind zu weis ist, der läßt über seine Sünden. Wäre ihm den Rücken, beweist es noch nicht ist, auf daß es nicht Halsstarrig und ungehorsam werde.“ (Sprach, Kap. 30 Vers 1 ff.)

Wir bewundern die Bibelfestigkeit des Herrn Professors — aber wir glauben, daß der heutige Kulturzustand dem Prügelforment entwachsen sein könnte. Wir wissen nicht, ob Herr Geheimrat v. Bergmann mit Kindern geeignet ist — sollte es der Fall sein, so beneiden wir dieselben nicht — vorausgesetzt, daß der bibelgläubige fromme Herr das Unterrichtsamt nicht nur auf arme städtische Waisenkinder anzuwenden will, sein eigen Fleisch und Blut aber nach modernen und humanen Erziehungsgrundsätzen behandelt.

Daß Herr v. Bergmann Verbrechertypen durch Prügel umformen zu können glaubt, ist eine so verdächtige Anschauung, daß der nächste Kerkerstag sich die Distinktion dieser neuesten Theorie gewiß nicht entgehen lassen wird. Nur verstehen wir nicht, warum der Herr Geheimrat, der „vielmehr eine Anlage, und selbst eine so große wie beim Anaben Steiner für reparabel hält, sich wundert, daß „seine Verurteilung auf die Lehre von der Ererbung und den Körperlichen wie den geistigen Anlagen einen Enttäuschungssturm entfesseln konnte“.

Nach dem Bergmannschen Rezept helfen ja doch Prügel gegen Verbrechertypen, also was „Vererbung“ was „Anlagen“? Den Stod her und losgerochen, dann wird aus dem „verbrechertypischen veranlagten Anaben“ ein sitzung-frommer Jüngling, dem mit der Ante Gottesfurcht und Tugend eingebläst ist.

Nicht die Vererbung auf „Ererbung und Anlagen“ hat den Enttäuschungssturm entfesselt — sondern das Gutachten, welches die an einem wechsellern, gefesselten Anaben vollzogene Mißhandlung als „verdiente pädagogische Züchtigung“ erklärt.

Die sentimentale Kammer, mit der Herr v. Bergmann klagt, daß er „als Opfer des tobenenden Sees dem Geister seiner schamigen Wellen stand zu halten habe“, mag als eine Art moralischen Katzenjammer angesehen werden, aber das Urteil über das „Pötdamer Gutachten“ kann durch eine Sophisterei, wie sie die „Zurechtstellung“ enthält, nicht abgeschwächt werden. Als letzten Trumpf spielt Herr v. Bergmann noch Virchow und Lessing gegen Singer aus.

Das hat Virchow wirklich nicht verdient, in dieser Mißhandlungsaffäre als Eideshelfer angerufen zu werden, und wir glauben, daß Professor Virchow nicht anders über das Bergmannsche Gutachten denkt als wir. Was aber den Versuch anlangt, alle diejenigen, welche die Bergmannsche Auffassung von der Handlungsweise der Schwester Karola verdammen, mit dem „Patriarchen“ im „Kochan“ zu identifizieren — so ist dieses Verhalten so tölplich naiv — daß wir dem Herrn Professor darüber nicht zu zürnen vermögen.

Herr Geheimrat Bergmann schließt seine Epistel mit zwei Fragen. „Wenn aber nur das Kind im Uebel umgekommen wäre?“ — „Und wenn nicht mehr geistlich, als der Verurteilt gesung?“ — Er läßt unseren Genossen Singer darauf antworten: „Thut nichts, die Schwester wird verdammt.“ Ach nein, ehrwürdiger Herr, das soll nicht geschehen — es wird nur dafür geizigt, daß die städtischen Waisenkinder fernerhin nicht nach karolischem Rezept gemißhandelt werden können, und daß medizinische Gutachter, welche eine Mißhandlung, wie sie an dem Anaben Steiner vollzogen wurde, als „verdiente pädagogische Züchtigung“ charakterisieren, so bezeichnet werden, wie sie es verdienen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 24. April.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus überwiegt heute ohne Debatte den Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuch, den Entwurf eines Ausführungsgesetzes zur Grundbuchordnung und den Gesetzesentwurf betreffend die landesgesetzlichen Vorschriften über die Gebühren der Rechtsanwältin und der Gerichtsvollzieher an die mit der Beratung der Ergänzungsgesetze zum Bürgerlichen Gesetzbuch betraute Kommission. Der Gesetzesentwurf betreffend die **Gerichtsorganisation von Berlin und Umgebung** ging nach ungewöhnlicher Debatte, in der sich die Abg. Dr. Krause (nat.), Borsch (C.), Dr. Träger (sp. Sp.) und Schmidt-Warburg (C.) gegen den Entwurf erklärten, an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Die nächste Sitzung findet am Mittwoch statt. Auf der Tagesordnung steht neben kleineren Vorlagen der Antrag Kar-dorff, betr. Erhöhung der Bezüge der Veteranen.

Für die Volksschule. Ein Aufruf zur Vereinigung von Freunden der Volksschule wird gegenwärtig verbreitet, dem wir folgende Sätze entnehmen:

„Was sehen wir, wenn wir unschau halten im preussischen Staat auf dem Gebiete der Volksschule? Ein betrübendes Bild — unser früherer Stolz muß sich in Scham verwandeln. Kampf und Unterdrückung der Bestrebungen so mancher städtischen Verwaltung für Einführung von Reuem und Besseren, der Bestrebungen nach Verbesserung. Selbst das Alte als gut Bewährte wird bekämpft, unterdrückt.“

Von „politischen Parteien“ sollte man nicht sprechen, wenn die Volksschule in Frage, alle müßten sie gleich schätzen und anerkennen,

dem alte Schule kein Staat; auch die verschiedenartigen Religions-gesellschaften sollten sie nicht minder würdigen, denn ohne Schule keine Religion. Zum Schacherobjekt jedoch auf politischem und auf kirchlichem Gebiete darf sie nicht erniedrigt, nicht diesem oder jenem Zweck dienlich gemacht werden.

Die Volksschule ist das Palladium unserer Kultur, unseres Staatswesens.

Mit Wärme und Eifer für den Ausbau und für die Entwicklung derselben auf einer freihellen Grundlage einzutreten, von politischen und kirchlichen Sonderinteressen unberührt, sollten sich zu diesem Zwecke Männer vereinen, um zu erstreben:

1. Ein Schulministerium, jedes politischen und kirchlichen Charakters entleibet, zur sachlichen Leitung des Schulwesens im preussischen Staat, und Beaufsichtigung der Gemeinden beider deren Erfüllung der ihnen geleglich obliegenden Pflichten. Die Anstellung des Lehrers nach abgevolvierten Staatsexamen ist lediglich Angelegenheit der Gemeinde und bedarf nicht der Zustimmung einer staatlichen Behörde.

2. Die Entfernung des konfessionellen Religionsunterrichts, nur der Hauptbegriff der Religion — Gottheit und Bittlichkeit gehört in den gemeinsamen Unterricht der Jugend aller Konfessionen.

3. Ein Studium der Volksschulen des Auslandes, welches vielseitig nach so mancher Richtung hin als Vorbild dienen könnte.

Feinde — und an Feinden gegen Kulturbestrebungen hat es nie gemangelt — gewaltig an Zahl und Einfluß, werden sich dagegen aufbäumen. Wir müssen und bedürft unsere Ziele zu erreichen suchen, wenn es sein kann — in Frieden, wenn es sein muß — durch Kampf.

Nicht für uns — hier gibt es keine Interessensphäre —, wir kämpfen für das Wohl der Gesamtheit, für den geistig erhabenen Rang des deutschen Volkes unter den Völkern. Der Niedergang, das Emporblühen der Volksschule bedeutet den Niedergang, das Emporblühen eines Staates.“

Die Charakteristik, die der Aufruf von unserer heutigen Volksschule entwirft, ist treffend; das Programm, das die Freunde der Volksschule fordern, enthält manches Griepfliche; aber auf dem Wege der Vereinsgründung ist keine Verbesserung zu erzielen. Dazu bedarf es des großen, politischen Kampfes. Die Wohlmeinenden übersehen eben, daß die Schule ein politischer Kampfsobjekt ist. Die herrschenden Klassen wollen keine Kultur, weil die Kultur sie tötet. Sie leben von der Unbildung und Dummheit, und darum hassen sie die Volksschule und suchen sie geistig und materiell zu verdrängen. Die Volksschule ist ein Mittel des Klassenkampfes der Herrschenden, der Klassenkampf allein vermag sie auch zu erlösen.

Ueber die taktlose Rede eines amerikanischen Offiziers wird in der deutschen Presse viel Lärm geschlagen. Am 21. d. M. fand nämlich zu Ehren des Kapitäns Coghlan und der Offiziere des von den Philippinen zurückgeführten Kreuzers der Vereinigten Staaten „Maleigh“ ein Bankett statt. Kapitan Coghlan hielt eine Rede, worin er von einem Vorfall sprach, der während der Blockade Manila zwischen dem Admiral Dewey und einem deutschen Offizier sich abspielte, den der deutsche Admiral abgelehnt hätte, um aber irgend etwas Besondere zu führen. Coghlan hörte, wie Dewey den Offizier ermahnte, dem deutschen Admiral zu sagen, die deutschen Schiffe müßten stille stehen, wenn Dewey es sage. Nach einem Hinweis auf die deutsche Flagge soll Dewey gesagt haben: „Diese Flaggen können überall für einen halben Dollar per Elle gekauft werden.“ Weiter: „Sagen Sie Ihrem Admiral, das mindeste Zuwiderhandeln gegen irgend eine Blockaderegulierung wird uns ein Bedenken, nämlich Krieg; es wird so aufgefaßt und unverzüglich gehandelt werden; wenn Ihre Leute bereit sind zu einem Krieg mit den Vereinigten Staaten, können sie ihn jederzeit haben.“ Stürmischer Beifall folgte Coghlan's Worten. Auf allgemeines Verlangen trat er ein Spottgedicht auf den deutschen Kaiser vor.

Die amerikanischen Behörden haben den Großsprecher sofort desavouiert. Ihm ist befohlen worden, sofort auf sein Schiff zurück-zufahren, und außerdem ist sein Verhalten schriftlich gemißbilligt worden. Ferner wird berichtet, daß der Staatssekretär Hay gegenüber dem deutschen Botschafter seine lebhafteste Mißbilligung über das Benehmen des Kapitäns Coghlan ausgesprochen habe.

Insgesamt eine Weiterung dürfte der Vorfall demnach nicht mehr haben. Und wirklich haben auch die großsprecherischen Redensarten eines aus dem Kreise zurückkehrenden Offiziers nicht die geringste Bedeutung. Was mag wohl von deutschen Offizieren über „befreundete Staaten“ schon alles zusammen dramatisiert worden sein!

Das wilde Land.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Genosse Robert Seidel in Zürich, der bekannte Parteigenosse, der bis zum Jahre 1880 im Kanton Glarus als Sekundarlehrer wirkte und sodann die Redaktion der „Arbeiterstimme“, im vorigen Jahre diejenige des Züricher „Volkrecht“ übernahm und von letzterer Stelle im Dezember 1888 zurücktrat, ist wieder in den Schuldienst zurückgekehrt. Der Züricher Erziehungsrat hat ihm vorläufig eine Sekundarlehrer-Verweserstelle in Auherswil (Zürich) übertragen; die definitive Wiederanstellung wird dann wohl bald folgen. Seidel ist als Lehrer allgemein anerkannt und begrüßt daher sogar bürgerliche Blätter seine Rückkehr zur Schule. Immerhin verdient die Vorurteilslosigkeit der bürgerlichen Behörde zu einer Zeit, da man in Berlin einen Privatdozenten seiner socialdemokratischen Gesinnung wegen maß-regelt, unsere Anerkennung.

Deutsches Reich.

Radikalfahr.

Eine neue, sicher vom Leben zum Tode befördernde Methode der Socialistenemigration hat die „Post“ erfunden. Wir gestehen, so heil uns der „Post“ scharfmachende Kampfsart stets gefallen, nun wird uns ernstlich besorgt um unsere Haut. Es ist ein gar langer Artikel, den die „Post“ den „socialdemokratischen Klugreden“ widmet und der mit der vielerprechenden Einleitung einsetzt, daß die Socialdemokratie sich und anderen Leuten, die ihr nicht genug sind, an den Haube zu glauben, eine wissenschaftliche Komödie vorspielt und die Woge ihrer wirtschaftlichen Endziele mit dem Flüter und Laub eines erborgten Schein-wissens bedeckt. Wir sind gespannt, jetzt wird der Laub unserer Scheinwissens von den „Post“-Wissenden entblättert werden und die wahre Wissenschaft wird sich offenbaren. Doch wir müssen uns gedulden. Es folgt eine Darlegung über den besonders schwer ge-nießbaren Jargon der socialdemokratischen Philosophie. Die „Post“-Gelehrten aber haben sich gewiß durch diesen Jargon durchgerungen, und unangekündet durch seine Ungenießbarkeit wird die Hebe gegen das socialdemokratische Klugreden neu begunnen. Doch ach, mit unvermittelter Plötzlichkeit setzt eine neue Melodie ein. Die Wissenschaftsfrage verschwindet in der Verleumdung und es erdnt ein religiös-moralischer Kantus: von dem Massenegoismus der Socialdemokratie, der seine Pflichten kenne. Und der sociale Pflichtgeißt reizt den Stumm-Jünger zu mächtig schwellendem Dithyrambus hin:

„Mit dem, was man, kurz und rund gesagt, Pflichten heißt, deren Erfüllung nach altväterlichen Anschauungen die seelische Ehre, die Würde und den Berth des Mannes und der Frau bildet, weiß die jüngste sociale Bewegung natürlich nichts anzufangen. Denn mit den Pflichten und ihrem notwendigen Korrelat, den Tugenden, kommt die Harmonie in das künstlich verzerrte Weltbild, welche die Socialdemokratie nicht brauchen kann; die materiellen Unterschiede fallen nicht mehr so bedeutend ins Gewicht, es

gibt eine Schadloshaltung des Armen auf geistigem Gebiete; die Ungleichheit in der Verteilung der irdischen Güter, welche ja besteht und bestehen wird bis ans Weltende, hört auf, einen Schlag der Un-zureichendheit zu bilden. Auf solcher Grundlage also müßte sich die Socialdemokratie als eine revolutionäre, auf rein materielle Ziele gerichtete Bewegung notwendig sofort selber ihr Todesurteil deckelieren.“

Nachdem also das künstlich verzerrte Weltbild zur Unseligkeit der Reichen und Seligkeit der Armen unharmonisiert worden, soll doch nun endlich die „wissenschaftliche Komödie“ der Socialdemokratie ent-fallt werden. Und wirklich, der Postheilige befinnt sich auf seine Wissenschaft. Wir hören vom Darwinismus, vom problematischen Teile der Naturwissenschaft, hier könnte einer den größten Ansturm reden, „ohne daß man es ihm gerade im Hundembreien beweisen kann“ und so fort, und so fort, wir lesen und lesen und lesen, wir sind am Ende — oder sind wir am Anfang? Wir sind genau da, wo wir begannen, aber tiefer, müder Schlaf drückt uns die Lider. Die „Post“ ist zu der raffinierten Methode geschritten, die Socialdemokratie in tiefen, unüberwindlichen Schlummer zu schreiben und sie hat sofort ein großes Resultat erzielt. Man möchte vermuthen, der heilige Paasche“ ist in den Dienst Stumms getreten; die Inhaltlosigkeit, Deditigkeit und Frömmigkeit des Artikels deutet auf diesen Verfasser. Freilich u. Stumm fängt an uns fürchterlich zu werden.

Der I. Mal. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung läßt eine schmetternde Foyare ertönen:

„Also keine Arbeitsruhe am 1. Mal! Grundständig keine! Auch gegen die Socialdemokratie bildet der Hieb die beste Arbeit. Mögen sich jene Arbeiter, welche sich von den social-revolutionären Geyern immer wieder ins Feuer schinden lassen, die Folgen ihrer Thorheit selbst zuschreiben. Sie werden schweren Schäden erleiden, und weder die Socialdemokratie, noch die Gewerkschaften werden sie schadlos halten. Die Socialdemokratie will offenbar den Kampf, sie soll ihn haben. Aber er muß mit Kraft und Nachdruck geführt werden, denn mit humanitären Phrasen hüllt man die Krankheit unserer Zeit nicht.“

Die Arbeiter lassen sich nicht ins Feuer schinden, sondern sie gehen selbst ins Feuer, um Unternehmern zu bekämpfen. Wer im Kampfe Wunden empfängt, der wird geheilt. Aber auf einen Kampf, wie ihn die Rheinisch-Westf. Ztg. zu wünschen scheint, bei dem die Arbeiter von vornherein in ungünstiger Position wären, geben sich die Arbeiter nicht einzulassen, sondern sie wählen sich Terrain und Kampfbedingungen, welche ihnen vorteilhaft und den Kapitalisten gefährlich sind. Wenn das Blatt der Hättenbarone hierüber zürnt und wüthig den „Hieb“ als beste Parade empfiehlt, so können wir ihm, auf die Gefahr hin, seinen Horn zu vernichten, versichern, daß die Arbeiter solche Stellung nehmen werden, daß der Unternehmehrieb ein Hieb in die Luft ist.

Gegen die Vertagung des Reichstages treten die ministeriell beauftragten „Berliner Politischen Nachrichten“ auf. Grund: Unüberwindliche Aneignung gegen die Verlängerung der Immunität, die durch die Vertagung herbeigeführt würde. Den socialdemokratischen Kandidaten von Pflüger mächte ja bann eine längere Galgenfrist gewährt werden. Dieser Gefahr soll dadurch vorgebeugt werden, daß die Abgeordneten nicht so viel reden, sondern sich besellen, mit ihrem Arbeitspensum fertig zu werden. — Die Abgeordneten bedürfen nicht des Rates Schweinburgs. Ist er so erpicht, Rat und Hilfe zu erteilen, so sollte er der Regierung gut zureden, den Reichstag frühzeitiger einzuberufen und keine un-nötigen Vorlagen einzubringen.

Das Gesetz zum Schutze „Arbeitswilliger“ soll wieder einmal, wie von „gut unterrichteter“ Seite mitgeteilt wird, in den nächsten Tagen dem Bundesrat zugehen, so daß es noch zur Be-ratung im Reichstag gelangen soll.

Die Justizhandvorlage scheint in den höheren Kreisen „recht großes Kopfzerbrechen zu machen. Offiziös ist ihre Einbringung im Reichstage schon bestimmt für die ersten Tage nach Ostern an-geklündigt gewesen. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ druckt am Montag zwar die Nachricht ab, daß die Justizhandvorlage dem Bundesrat zugehen soll, unterdrückt aber die weitere Meldung der Korrespondenz von angeblich autoritativer Stelle, daß sie noch in dieser Session an den Reichstag gelangen wird.

Wegen der Mitgliedschaft von Socialdemokraten ist dem Kriegerverein in Plau gleich mehreren anderen medlen-burgischen Kriegervereinen jüngst durch ministeriellen Erlass die Lösung entzogen. Der Verein beschloß darauf seine Auf-lösung.

Türkische Wahltafel. Dem alten Kartell der Ordnungsparteien wollen sich nun auch die „Reformer“, einst die wichtigsten Bekämpfer des Kartells, anschließen. Der Valt scheint schon hinter den Gouffier fertig gemacht zu sein, die Antisemiten sollen einen Landtagswahlkreis in Dresden-Altkath erhalten, dafür kommen sie den Konservativen und Nationalliberalen anderorts nicht ins Gehege. Die sogenannte Reformpartei hat sich also auch mit dem neuen Dreiklassen-Wahlssystem abgefunden, geht völlig in Ordnungsbrei auf und verliert damit den letzten Rest politischen Ansehens, wenn sie derartiges je befehlen, in den Kreisen des arbeitenden Volkes. Nie hat eine Partei eifriger ihr eigenes Grab geschaufelt als diese.

Wegen Bismarck-Beleidigung hatte der Stadtrat von Pirna i. S. einen Arbeiter auf Grund des Groben Unfugs-Para-graphen mit einem auf 20 M. lautenden Strafmandat bedacht. Dem Schöffengericht war die Sache aber doch zu arg und es sprach den Bismarck-Sünder frei.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Zum Fall Körnerde wird uns folgendes mitgeteilt: Der „Vorwärts“ schreibt in seiner Nummer vom Sonnabend, den 22. d. M., anschließend an den Bericht über den Majestätsbeleidigungs-Prozess des ehemaligen Herzoglich braunschweigischen Hofstaatssekretärs Körnerde:

„Körnerde ist im Jahre 1896 auch wegen Beleidigung des Ne-genten von Braunschweig mit einem Jahre Gefängnis bestraft worden. Das Strafmaß ist so hoch und die Wiederholung desselben Delikts so auffällig, daß die Öffentlichkeit ein Interesse hat, über die Angelegenheit dieses Hofbeamten näheres zu erfahren.“

Körnerde diskutiert mit Vorliebe vor jedermann, der es hören will oder auch nicht hören will, das private Leben fürlicher Personen, mit spezieller Beziehung auf die sexuelle Seite. Uebrigens wird der Mann von manchen Leuten in Braunschweig für geistig nicht ganz intakt gehalten; was aber an dieser Ansicht richtig oder falsch ist — das Bericht hat an seiner Zurechnungsfähigkeit offenbar nicht gezweifelt, sonst würde es ihn nicht zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt haben — entzieht sich selbstverständlich vollkommen unserer Beurteilung. Bemerkenswert ist indessen die Hartnäckigkeit, mit der der Mann bei seinen Behauptungen bleibt, obgleich er sich darüber klar sein müßte, daß jede Wiederholung nur eine Verschärfung der Strafe zur Folge haben kann.

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Budapest, 23. April. Nach einer Wiener Meldung des „Pester Lloyd“ sollen die Vespörungen des Grafen Soluchowski mit dem Ministerpräsidenten Szell hauptsächlich der Frage der Schiffahrts-gebühren am Eisernen Thor und der des indischen Zucker-zolles gelten. Nach derselben Quelle sei es nicht unmöglich, daß Graf Soluchowski auch wegen der Frage der Beförderung eines Oafens in China mit der ungarischen Regierung in Fühlung trete. Ueber die letztere Frage ist im Abgeordnetenhaus eine Inter-pellation eingegangen, die der Ministerpräsident am Mittwoch be-antworten will.

Förderung der Socialdemokratie durch den Staat. Bern, 28. April. (Sig. Ber.) Die Berner Kantonsregierung hat dem schweizerischen Grädlverein, der im Juli in unserer Stadt seine Generalversammlung und sein Centraalfest abhält, einen Beitrag zu den Kosten derselben von 2000 Franken bewilligt. Der Grädlverein steht bekanntlich laut Statut auf dem Boden der Socialdemokratie.

England.

Englische Friedenshoffnung. Der Erste Lord der Admiralität Goschen hat am Sonnabend in Sheffield eine Rede gehalten, in welcher er die Gegenwart mit der Erwartung verglich, die im vergangenen Oktober gekehrt hatte. Heute seien die Wolken verschwunden und Europa habe ein friedliches Aussehen angenommen. Trotzdem bestritt er die großen Ausgaben für Meer und Flotte und wies die Ansicht zurück, daß gegen derartige Ausgaben eine Gegenbewegung Platzgreifen drohe.

Frankreich.

Die Enthüllungen aus den Drehfus-Akten setzte der „Figaro“ auch in seinen letzten zwei Nummern (Sonntag und Montag) fort. Es sind die Aussagen von Gabriel Renod und Hanotang, eine neue Ausgabe des General Mercier und diejenige des Grafen Lucerne-Dahnac. — Renod giebt an, wie er an der Schuld des Hauptmanns Drehfus durch die Regierung Hanotang, ihm eine bestätigende Versicherung zu geben, zweifelhaft wurde, und berichtet über die von ihm angestellten Nachforschungen und über die Befragung von der Unschuld des Verurteilten, welche er von zahlreichen Persönlichkeiten erhielt. Hierauf läßt er sich über die Untersuchungen Scheurer-Kesslers, Leblois und Picquart in betreff Esterhazy aus. Hanotang erstattet über die Umstände Bericht, unter denen der General Mercier den Ministern von der Unbedeutendheit des Verurteilten Mitteilung machte. Hanotang bestritt, daß eine Gefahr diplomatischer Verwicklungen bestehe, die aus dem Prozesse entspringen könnten. Er erklärt, von angeblichen Briefen eines fremden Souverän nichts zu wissen, und versichert, daß er sich niemals über die Schuld des Drehfus ausgesprochen habe; er weiß nichts über eine Mitteilung des geheimen Aktenbündels und hat nur unbestimmte Erinnerungen von Jugenderlebnissen des General Mercier. Graf Lucerne-Dahnac erklärt, er wisse durch den deutschen Botschafter Grafen Münster, daß angebliche Briefe des deutschen Kaisers nicht existieren.

Die Montag-Ausgabe enthält die Aussagen des Journalisten Strong und des General Villot. Strong berichtet über seine Beziehungen zu Esterhazy und sagt aus, daß dieser eines Tages ihm erklärte, er sei der Urheber des Verurteilten und er habe es auf den ausdrücklichen Befehl des Obersten Sandherr geschrieben, da der Generalstab nur moralische Beweise gegen Drehfus habe, aber einen materiellen Beweis wünsche. General Villot erklärte auf die Frage, ob an Esterhazy der Betrag von 90 000 Fr. gezahlt worden sei, ein solcher Betrag sei seinem Wissen nach niemals an einen Agenten gezahlt worden. Seines Wissens habe Esterhazy niemals irgend welche Dienste für das Kriegsministerium geleistet. Auf die Frage, weshalb Picquart nach Annenien geschickt wurde, entgegnete Villot, er habe bemerkt, daß der Nachrichtendienst vernachlässigt wurde. Picquart habe sich nur mit der Drehfus-Angelegenheit beschäftigt. Seine Vorgesetzten Gouze und Boisdeffre seien ebenfalls unzufrieden mit ihm gewesen.

Paris, 24. April. Der Kassationshof vernahm heute in geheimer Sitzung den Kapitän Freyhütter, den früheren Polizeipräsidenten Lepine, den Untersuchungsrichter Vertulus und die Generale Rogot und Gouze. — Es ist nicht bekannt, ob Gegenüberstellungen stattgefunden haben.

Spanien.

Die Senatswahlen haben am Sonntag ohne Zwischenfall stattgefunden. Die Regierungsmajorität wird voraussichtlich im Senat verhältnismäßig größer sein als in der Kammer.

Ein karlistisches Komplott will die Polizei in Barcelona entdeckt und vereitelt haben. Es wurden fünf Personen, darunter ein angeblicher Brigadegeneral, festgenommen. 40 alte Gewehre wurden beschlagnahmt. In der Gegend von Barcelona herrscht vollständige Ruhe.

Rußland.

Neue Rüstungen. Aus Petersburg wird gemeldet: Die Fertigstellung der vom Kriegsministerium beschlossenen Umwandlung der Artillerie wird ausschließlich von russischen Fabriken vollzogen werden, kein einziges Stück wird aus dem Ausland bezogen. Man glaubt, daß die vollständige Umwandlung aller Kanonen und Gewehre in Schnellfeuer-System innerhalb von drei Jahren beendet sein wird.

Bulgarien.

Der Gemeinderat von Sofia, dessen Mehrheit aus Anhängern der früheren Regierung bestand, ist aufgelöst und durch eine Kommission ersetzt worden.

Rumänien.

Die Ministerkrise ist beendet, nachdem mit Eintritt von Dicescu und Jale Jonescu in das Kabinett alle Portefeuilles besetzt sind.

Sien.

Englische Unzufriedenheit mit dem Stand der chinesischen Dinge spricht aus folgender Neuter-Meldung aus Peking: Es wird täglich klarer, daß die chinesische Regierung mehr reaktionär wird; ihre Haltung gegenüber den Ausländern droht unerträglich zu werden. Das Tsung-li-Hamen besteht jetzt aus Männern ohne Einfluß, ohne politische Kenntnisse; deren Anstellung bildet nur einen Teil des Planes der Kaiserin Witwe, den Verkehr mit den Ausländern zu erschweren. Die Verträge des Tsung-li-Hamen sind, wenn sie nicht durch den von blutiger Fremdenfeindschaft erfüllten Großen Rat gebilligt sind, ohne jeden Wert. Auf diese Weise wird das Tsung-li-Hamen lediglich zum Ständebuch und die ausländischen Vertreter klagen darüber, daß Verhandlungen mit dem Tsung-li-Hamen keine Zeitersparnis bringen. Man darf annehmen, daß bei Fortdauer dieses Zustandes eine ernste Gegenüberstellung an die Kaiserin direkt gerichtet werden wird.

Amerika.

Auf den Philippinen haben die Amerikaner eine neue Schlappe erlitten. Noch einer Depesche aus Manila hatten die amerikanischen Truppen ein unglückliches Gefecht mit den Tagalern, welche bei dem Orte Guingua in einer starken Stellung lagen. Ein Oberst, ein Lieutenant und verschiedene Gemeine wurden getötet und etwa 50 verwundet. Eine spätere Meldung des Generals Ochs spricht allerdings von schweren Verlusten, die den Philippinern beigebracht worden seien. — Im Uebrigen sucht dieser amerikanische General die bisherigen Misserfolge des Philippinischen Feldzuges auf das eigenmächtige Verhalten der Generale Arthur und Lawton abzuwälzen. Beide Generale hätten ihm unrichtige Meldungen über ihre angeblichen Siege zugefangt und in ihrem Vorurteil die gegebenen Befehle weit übergriffen.

Auch für das immer härter auftretende Verlangen der Freiwilligen, in die Heimat zurückbefördert zu werden, hat Ochs eine Erklärung. Er belegte nämlich die aus Amerika kommenden Telegramme an Freiwillige mit der Genur und teilte dem Präsidenten Mac Kinley mit, daß diese von Gegnern Mac Kinleys gesandten Telegramme schuld seien, wenn diese Freiwilligen sofortige Rückkehr in die Heimat verlangten.

Abgeordnetenhaus.

61. Sitzung vom 24. April. 11 Uhr. Erste Lesung des Gesetzesentwurfs betr. die Gerichtsorganisation für Berlin und Umgebung.

bedauert, daß man den Berliner Verfassungseingesehnen nicht längere Zeit gelassen hat, zu diesem Gesetzentwurf Stellung zu nehmen, der als ein Eingriff in die Reichsgesetzgebung, wenn auch nicht dem Wortlaut, so doch dem Sinne nach, bezeichnet werden muß, denn der Gerichtsstand wird in einer Weise geändert, wie es die Reichsgesetze mindestens nicht vorgehoren haben. Es kann nach der Vorlage gesehen, daß ein Berliner drei, vielleicht gar sechs verschiedene Gerichtsstände hat. Eine Notwendigkeit für die Errichtung eines dritten Landgerichts Berlin könne er überhaupt nicht anerkennen. Man könne doch nicht bestreiten, daß Berlin und seine Umgebung eine Verkehrseinheit bilde. Schon die Frage der Zuständigkeit der Gerichtsvollzieher steht unter diesen Umständen auf große Schwierigkeiten. Für die Forderung, daß jeder Stadtbezirk sein Gericht möglichst in seiner Nähe, in seinem Umkreis hat, liegt ein Bedürfnis gar nicht vor, die Verkehrsverbindungen machen diese Forderung unbedeutend. Besonders wichtig ist die neue Organisation für die Zulassung der Anwälte. Wie werden sich diese Dinge künftig gestalten? Will man alle Rechtsanwölle bei allen drei Landgerichten zulassen, oder nach welchen Grundsätzen soll bei der Zulassung verfahren werden? Das Substitutionswesen, oder wie viele Richter sagen, das Substitutionswesen wird einen immer größeren Raum einnehmen. Noch im Jahre 1876 nahm man den Standpunkt ein, daß die Berliner Gerichtsorganisation möglichst einheitlich gestaltet werden müsse; heute vertritt man die entgegengekehrte Meinung. Es handelt sich hier nicht um eine lokale Berliner Angelegenheit, sondern um ein Prinzip von bedeutender Tragweite. Was heute in Berlin geschieht, dürfte bald in anderen Städten auch geschehen. Zweifelhaft sei ihm, ob alle Bedenken sich in der Kommission werden beseitigen lassen.

Abg. Dr. Vorsch (C.)

hält den größten Teil der Bedenken des Vorredners für begründet. Es sei doch rationell, für Berlin ebenso vorzugehen, wie in allen anderen Orten, und ein einheitliches Gericht in Berlin zu schaffen. Die Strafrechtsfrage ist bereits in Mosbit konzentriert und eine ähnliche weitere Konzentrierung würde nicht schaden. Die Herren von der Justizverwaltung sind nur zu gern geneigt, die Interessen des rechtshinwendenden Publikums zu übersehen. Die Schwierigkeiten bei der Verfolgung von Schuldern, es brauchen nicht einmal böswillige zu sein, werden immer größer. Schon heute bestehen verschiedene kommunale, postalische und polizeiliche Einteilungen in Berlin, von denen keine mit der anderen sich deckt. Die Vorlage wird diese Schwierigkeiten noch weiter vergrößern.

Abg. Dr. Erüger-Bromberg (fr. Sp.)

tauf der Tribüne schwer verständlich) scheint sich den Bedenken des Vorredners anzuschließen. Er begreife nicht, wie man sich zur Begründung der Vorlage auf die Postorganisation in den Vororten habe berufen können; die Postorganisation müsse doch geradezu abschreckend wirken. Er hoffe, die Kommission werde ein für allemal den Grundfay aufstellen, daß die Abtrennung von einzelnen Teilen größerer Gemeinden bei der Gerichtsorganisation nicht zulässig ist.

Abg. Busch (L.)

Es ist ein Uebelstand, daß die Kollegen bei den großen Gerichten einander persönlich oft gar nicht kennen. Dadurch werden so zahlreiche Uebelstände für den gerichtlichen Geschäftswert hervorgerufen, daß eine Aenderung, namentlich eine Verkleinerung der Gerichtsbezirke wünschenswert erscheint. Bedenken wegen der Verfolgung böswilliger Schuldner, sowie wegen der Zulassung der Anwälte werden in der Kommission erledigt werden können. Gegen die Zulassung der Anwälte bei allen drei Landgerichten zugleich habe er mehr Bedenken, denn das würde eine Verschleppung der Prozesse zur Folge haben.

Justizminister Schönstedt

Die sachlichen Bedenken, die hier vorgebracht sind, werden sich widerlegen lassen, und hoffentlich wird das Prinzip der Vorlage gewilligt. Allerdings hat man die öffentliche Beipredung der Vorlage vermeiden, aber die Stadtbehörden und die Rechtsanwölle sind jetzt gehört. Die Organisation von 1876 gab damals schon zu Angriffen Anlaß. Der Magistrat aber erlaubte die Organisation als gut an. Der bedeutende Zuwachs, den Berlin aber seit jener Zeit erfahren hat, machte eine anderweite Einteilung wünschenswert, denn die Schwierigkeiten, die aus der centralisirten Rechtspflege erwachsen, wurden immer größer. Es kann darauf hingewiesen werden, daß das neue Justizgebäude in der Neuen Friedrichstraße das größte Gebäude Berlins nach dem Königl. Schloß sein wird. Auch in Bezug auf die Kosten ist die neue Organisation die beste. Den Beweis, daß die Rechtspflege durch die neue Organisation gefährdet wird, hat man nicht erbracht. Es ist auf die Tätigkeit der Anwälte und auf die Möglichkeit der Annahme der Simultan-Praxis hingewiesen worden. Aber es wird gerade dadurch eine Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes geschaffen, daß man zahlreiche Anwälte bei allen drei Gerichten zuläßt. Auch die Schwierigkeiten bei der Verfolgung von Schuldern sind nicht unüberwindlich. Es besteht bei der Regierung die Absicht, die Register-Führung bei den Amtsgerichten schon vom 1. Januar ab möglichst zu konzentrieren. Auch ist in der Civilprozess-Ordnung bereits die Möglichkeit vorgesehen, daß ein einheitlicher Stadtbezirk in mehrere Gerichtsbezirke geteilt ist. Für solchen Fall ist die Zuständigkeitsfrage besonders geregelt. Der Minister legt dar, daß die Teilung der Gerichtsbezirke weder für die Rechtsanwölle, noch für die Geschäftsleute, noch für die Gerichtsvollzieher nachteiliger sei, als der heutige Zustand. Es kann im Gegenteil erwartet werden, daß durch das neue Gesetz das Verständnis des Publikums von neuem geweckt wird und künftig viele Uebelstände vermieden werden, die bei der jetzigen Organisation sich täglich zeigen.

Abg. Schmidt-Warburg (C.) stellt der Vorlage sine ira, aber auch sine studio gegenüber und will zunächst das Resultat der Kommissionsberatung abwarten. Richtig werde allerdings sein, daß das Amtsgericht Berlin I einheitlich untergebracht wird. Ob der gegenwärtige Zeitpunkt gerade der richtige sei für eine Neuorganisation, scheint zweifelhaft. Man hätte wohl warten können, bis die Gestaltung der Vorortverhältnisse eine festere geworden wäre. Gegen die bauliche Anlage des neuen Amtsgerichts Berlin hat Redner Bedenken und außerdem bittet er die Regierung, sich durch billige Grundstücksangebote bei der Wahl der Baupläze nicht zu sehr beeinflussen zu lassen.

Minister Schönstedt

tritt dem baulichen Bedenken des Vorredners bezüglich des Amtsgerichts I Berlin entgegen und glaubt auch, daß die Bedenken, die man gegen die Teilung einzelner Berliner Gebietsteile an Vorort-Amtsgerichte hegt, sich als unbegründet erweisen werden.

Darauf wird die Debatte geschlossen und die Vorlage einer besonderen Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr: Kleine Vorlagen. Antrag a. Kardorff betr. Vorsehung der Veteranen und Pensionen. Schluß 1 1/2 Uhr.

Invalidenversicherungskommission.

8. Sitzung vom 24. April 1899. Zu § 74 (Schiedsgerichte) liegen folgende socialdemokratische Anträge vor: 1. Der Rentenbewerber ist in der Wahl der von ihm zu bestellenden Bevollmächtigten nicht beschränkt. 2. Die Urteile des Schiedsgerichts sind spätestens innerhalb 3 Wochen nach ihrer Verkündung den Parteien anzustellen. Obwohl letzterer Antrag bei Verotung der Unfallversicherungs-Kommission (die freilich auf Stummis Protest hin von der Regierung dem Reichstage nicht wieder vorgelegt wurde) angenommen wurde, wurde er jetzt gegen die Socialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt, ebenso der socialdemokratische Antrag: Bei Beginn eines jeden Geschäftsjahres bezeichnen der Vorsitzende diejenigen am Orte des Schiedsgerichts oder in dessen näherer Umgebung wohnenden Weisiger aus der Klasse der Arbeitgeber und der Versicherten, welche bei etwaigem Ausbleiben der geladenen Weisiger aus-

helfsweise zu den Sitzungen herangezogen werden sollen. — Im Ubrigen werden die Weisiger getrennt nach Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Regel in alphabetischer Reihenfolge zu den Sitzungen zugezogen. Will der Vorsitzende aus besonderen Gründen von dieser Reihenfolge abweichen, so sind die hierfür maßgebenden Gründe allenkundig zu machen. Dasselbe gilt hinsichtlich der Hilfsweisiger. Angenommen wird ein Antrag auf Aufstellung der Reihenfolge, in der Regel in einer im voraus aufzustellenden Reihenfolge, zugezogen werden. Abgelehnt wird ein konsequenter Verschlechterungsantrag, daß das Schiedsgericht nicht mit 4, sondern schon mit 2 Weisigern beschlußfähig sei. Zu § 75 (Bestellung der Rente) wird ein socialdemokratischer Antrag angenommen, daß der Anspruch auf Bewilligung einer Rente auch dann gewährt ist, wenn er nicht bei der zuständigen Behörde, sondern einer anderen gestellt ist; diese hat ihn dann ungefäumt an die zuständige Stelle zu befördern. —

In betreff der Einrichtung der Rentenstellen giebt Abg. v. Pöbell (L.) eine Erklärung ab, daß er in der vorigen Sitzung den angenommenen Antrag für entsprechend dem in erster Lesung abgeschlossenen Kompromiß gehalten habe. Er setze jetzt aber zu seiner großen Ueberraschung, daß die Kommission durch Annahme des Antrages Schmidt beschloffen habe, daß auch die Vorsitzenden der Rentenstellen von der Selbstverwaltung ernannt werden sollen, und dagegen müsse er sich erklären. — § 104 wird nach folgendem Antrag Mölke angenommen:

„Eine Quittungskarte verliert ihre Gültigkeit, wenn sie nicht innerhalb zweier Jahre nach dem auf der Karte verzeichneten Ausstellungsdatum zum Umtausch eingereicht ist. Ist die Annahme begründet, daß der Versicherte ohne sein Verschulden den rechtzeitigen Umtausch versäumt hat, so kann der Vorstand der Versicherungsanstalt des Beschäftigungsortes auf den Antrag des Versicherten die fortdauernde Gültigkeit der Quittungskarte anerkennen.“

Zu § 124 (Entscheidung der Streitigkeiten zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Verrechnung und Anrechnung der Beiträge und Ertragsansprüche) liegt der socialdemokratische Antrag vor: Wo Gewerbegerichte bestehen und für die Streitenden zuständig sind, sind die Streitigkeiten nur von diesen zu entscheiden. Wurm weist darauf hin, daß ja in der Gewerbegerichts-Kommission bereits für die Erweiterung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte eine Mehrheit vorhanden sei. Es trete dadurch eine Vereinfachung des Streitverfahrens ein, weil ja doch zunächst Volksfreiwilligen mit denen über Anrechnung der Versicherungsbeiträge verbunden sind und auch die bei Streitigkeiten über die Beiträge der Kantonsklassen bereits den Gewerbegerichten überwiesen sind. Staatssekretär v. Paszabowski wendet sich dagegen, weil er Bedenken hat, eine neue Instanz in dieses Gesetz einzuführen. Der Antrag wird gegen die socialdemokratischen und freisinnigen Stimmen abgelehnt. — Die Beratung wird bis § 130 gestoppt. — Nächste Sitzung: Dienstag. —

Parlamentariliches.

Reichsgeschichtliche Regelung der Polizeistunde verlangt eine von den Ost- und Schanwörtern Berlin und der Umgegend dem Reichstag eingereichte Petition. Die Petition gießt in dem Ersuchen an den Reichstag, auf den Erlass allgemeiner reichsgeschichtlicher Vorschriften hinzuwirken, durch welche die auf die Polizeistunde bezüglichen gegenwärtig im Gastwirtsgerwerb herrschenden Zustände der Rechtswidrigkeit und Unsicherheit ein für allemal beseitigt werden sollen.

Im Abgeordnetenhause sollen in nächster Zeit die Sitzungstage und Abgesehene Tage mit einander abwechseln, um den Kommissionen die Möglichkeit zu verschaffen, schneller für das Plenum vorzuarbeiten.

In der Kanalkommission des Abgeordnetenhauses hat Abg. Graf Strachwitz (C.) beantragt, vor der Abstimmung über § 1 von der Regierung die eingehende Verantwortung folgender Fragen unter Beibringung aller erforderlichen statistischen Materials zu erbitten: 1. Sind Kanäle heute noch in der Gera der Eisenbahnen, und in Anbetracht der Wahrscheinlichkeit, die Fortschritt für dieselben in der Bewältigung des Kohlenverkehrs nutzbar machen zu können — überhaupt praktisch angezeigt; sind sie ein besseres und billigeres Beförderungsmittel als Eisenbahnen? 2. Welche Ansicht verfolgt die Staatsregierung mit der Vorlage des Rhein-Elbe-Kanals? 3. Welches ist die wirtschaftliche Bedeutung des Kanals, namentlich des Mittel- und Unter-Rhein-Kanals für Handel und Gewerbe, für Industrie, für Landwirtschaft? 4. Ist die Ausführung des Kanals technisch möglich? und zwar a) woher ist das erforderliche Wasser zu entnehmen? b) wie weit lassen die Verhältnisse sich widerlegen, daß die unter dem Kanal liegenden Gruben durch Sickerwasser des Kanals zum Ersaufen kommen? 5. Wie berechnet sich die Rentabilität des Kanals und wie gestalten sich die dafür gegebenen Garantien von Dritten? 6. Welche Kompensationen sind erforderlich, um die Schädigungen einzelner Landestheile auszugleichen, und wie stellt die Staatsregierung sich zu denselben?

Partei-Nachrichten.

Totenliste der Partei. Der Tod mehrerer alter Parteigenossen wird gemeldet. In Glanau (Sachsen) starb der Gen. August Kellner, einer der ältesten Parteigenossen Glanau, der schon bei der Gründung der Sozialdemokratie mitgewirkt hat und bis in seine letzten Tage für die Partei thätig war. In Einsiedel bei Chemnitz verstarb nach kurzem Krankenlager der Genosse Anton Oertel im Alter von 66 Jahren. Er war von der ersten Reichstagswahl an in Einsiedel für die Partei thätig und jederzeit auf seinem Posten. In Mannheim starb gleichfalls ein altes Mitglied der Partei, der Schuhmacher Sebastian Mildeberger. Die Uebelstenden werden sie in gutem Andenken behalten.

Der Gesamt-Parteitag der Socialdemokratie Oesterreichs wird am 21. Mai d. J. (Pfinzsonntag) und folgende Tage in Brünn abgehalten werden. Die Parteileitung schlägt folgende Tagesordnung vor:

- 1. Bericht: a) der Gesamtpartei; b) der nationalen Exekutionen. 2. Politische Lage und Politik. 3. Organisation der Gesamtpartei. 4. Die internationale Socialdemokratie und der Nationalitätenstreit in Oesterreich. 5. Wahl einer Kommission zur Revision des Parteiprogramms. 6. Arbeiterklub. 7. Konsumvereine. 8. Frauenbewegung. 9. Eventuelles. Die Verhandlungen werden voraussichtlich fünf Tage in Anspruch nehmen.

Die Ungaruresolution unseres Stuttgarter Parteitags hat einen parteigenösslichen Redacteur in Ungarn vor die Richter geführt. Die „Krauss. Ztg.“ meldet darüber aus Budapest: Der Redacteur des Arbeiterorgans „Die Volkstimme“, Saly, der eine die Verfolgung der ungarischen Socialisten verwerfende Resolution des Stuttgarter Socialistenkongresses reproduzierte und kommentierte und deshalb wegen Aufreizung zum Massenhaß angeklagt war, wurde von den Geschworenen einstimmig freigesprochen.

Der Bergarbeiterstreik in Belgien.

Aus dem Streikgebiet erhalten wir von unserem Korrespondenten folgende Berichte: Im Bassin von Charleroi war der Streik am Freitagabend allgemein. Nach den Berichten der Delegierten der Arbeiter beträgt die Zahl der Streikenden 25 000. Freitagmorgen versammelte sich die Föderation der Bergarbeiter (Ouvriers du Travail) und die Delegierten brachten die erhaltene Zahlen der Streiker. Das Komitee der Kohlenmagazinen versammelte sich ebenfalls heute und beschäftigte sich mit der nächsten Wahl der Mätre der Arbeit. Die Herren thun das mögliche, um den Streik zu brechen. Sie verlangen, daß die Bergarbeiter, welche noch nicht streiken, Ueberarbeit gegen vermehrten Lohn leisten und versprechen selbst

individuelle Lohnverbesserungen von 15 Proz. Aber die Arbeiter wollen davon nichts wissen. Sie beschließen, daß das nationale Komitee der belgischen Bergarbeiter die Leitung des Streiks und der Unterhandlungen führen soll. — In Gilly hielten die Unternehmer bei der Lohnzahlung die Werte der Werkzeuge und ein Fünftel des Lohnes zurück. Die Polizei attackierte die Arbeiter in Mont St. Marthe und verwundete einen Arbeiter.

Weden des Centrums. Die Unternehmer versuchen hier zur Ueberproduktion anzutreiben, um ihren Genossen zu helfen. Die Gewandamen nehmen Kotig von den Reden der Versammlungsbredner. Morgen, Sonnabend, findet die Bezahlung der Arbeiter statt; es ist der entscheidende Tag. Ueberall wurden socialdemokratische Aufrufe angelobt, die zur Ruhe ermahnen.

Weden von Lüttich. Auch hier wird morgen die Entscheidung fallen. Die Bürger erklären die Streiker unterstützen zu wollen, moralisch und pekuniär!

Weden des Vorinages. Keine Aenderung! Die Abgeordneten. Der allgemeine Rat der Partei beschloß die Agitation der Meetings zu dirigieren und überall Redner zu schicken.

Die liberalen Arbeiter. Der Rat der B. O. L. (Partei Oubrier Liberal) erklärt offiziell den Streik unterstützen zu wollen. Seine Tagesordnung citiert, daß die Arbeiter mit Recht ihren Anteil an den größeren Profitten verlangen und daß die Patrone unrecht hatten, die Briefe der Arbeiter unbeantwortet zu lassen. Er erklärt weiter, daß er keine Kandidaten stellen wird für die Wahlen des Industrie- und Gewerberat. Er beschloß, den Streikern helfen zu wollen.

Soweit unser Korrespondent. In den Versammlungen am Sonnabend ist fast überall der Anschlag an den Streik beschlossen worden, soweit sich die einzelnen Weden noch nicht beteiligt hatten. Die Zahl der Streikenden dürfte jetzt ca. 80 000 betragen. Am Sonntag fanden Sitzungen des Industrie- und Aufsichtsrates statt.

Die dem Rate angehörenden Arbeitgeber legten dar, daß innerhalb der letzten 2 Jahre die Löhne der Grubenarbeiter um 20 Proz. erhöht worden seien, und gaben sodann die Erklärung ab, daß sie sich einem von Vertretern der Bergwerksbesitzer und den dem Arbeiterstande angehörenden Inspektoren zu fallenden Schiedsspruch unterwerfen werden. Die dem Rate angehörenden Arbeiter erwiderten, ihnen fehle das Vertrauen zu dieser Lösung. Die Arbeiterinspektoren sind nämlich Leute, die vom Minister ernannt werden. Die Arbeiter verlangen, daß die Verhandlungen mit ihren Vertrauensmännern geführt werden.

Im Weden von Seraing ist der Ausstand allgemein, im Gebiete von Mons ist die Zahl am Montag auf 10 700 gestiegen. In Versammlungen, die am Sonntag abgehalten wurden, erklärten die Arbeitgeber allgemein, sie könnten die verlangten Lohnhöhungen nicht bewilligen, da sie seit 1896 eine mehr als 25prozentige Lohn-erhöhung bewilligt haben. Wie verlautet, beschloßen die Glasarbeiter im Weden von Charleroi gemeinsame Sache mit den Grubenarbeitern zu machen. Der Industrierat ist auf Freitag einberufen. Allen Anschein nach wird der Ausstand noch die ganze Woche dauern.

Die Industrie und die Eisenbahnen kommen bereits in große Schwierigkeiten bezüglich der Kohlen. Die Walzwerke der Gesellschaften Providence, Alliance und Geneville in Marcinelle haben infolge Kohlenmangels ihren Betrieb eingestellt und ihre sämtlichen 1250 Arbeiter verabschiedet. Alle Weden der Gesellschaft Cockerill in Seraing feiern, da ihre Arbeiter ausständig sind. Auch in den bedeutenden Hennegauischen Weden Mariemont und Wascoy ist der Ausstand ein vollständiger. Wie dem „Patriote“ geschrieben wird, hat die Zeche Wascoy ihre Kohlenreserven in Höhe von 50 000 Tonnen den Industriellen zur Verfügung gestellt.

Die englischen und deutschen Bergleute haben ihr Solidaritätsgefühl mit ihren belgischen Kameraden dadurch bekundet, daß sie der Leitung des belgischen Verbandes mitteilten, sie würden sorgen, daß keine Kohle nach Belgien befördert werden könne. Fast scheint es, als wollten die Unternehmer des rheinisch-westfälischen Kohlengebietes die deutschen Bergarbeiter zum Streik provozieren. Wir erhalten nämlich folgendes Telegramm:

Dortmund, 24. April. Die hiesigen Bergarbeiter sind sehr aufgeregt, weil auf den Weden „Minister Stein“, „Fürst Hardenberg“ und anderen Weden von den Bergarbeitern Ueberdichsen verlangt werden. Die Frähschicht beginnt schon des Abends und die Mittagschicht muß am Morgen anfahren, so daß die Ruhezeiten verkürzt werden. Die Bergleute glauben, daß die Zechen Kohlen nach Belgien liefern wollen.

Ueber das korrekte Verhalten der Streikenden wird der „Felf. Ztg.“ noch telegraphiert: Charleroi, 23. April. Heute nachmittag fand hier eine große Versammlung der streikenden Minenarbeiter statt. Die Sachlichkeit der Redner und die Ruhe der Arbeiter waren bewundernswert. Die Redner vermieden alle Phrasen, warnten vor Alkoholgenuß und jederlei Ausschweifung. Die heute überall in den Minenbezirken stattgehabten Sitzungen des Arbeiterrats sind erfolglos geblieben. — Die Direktoren der Minen sind trotz ihrer unangenehmen Position zum äußersten Widerstand entschlossen, weil sie behaupten, wenn die Arbeiter diesmal siegen, würden sie künftig allmächtig sein. Die Arbeiter sind bisher mutterhaft ruhig, auch weil sie wissen, daß ihre Gegner nur auf Unterstützung warten. Der Kohlenmangel macht sich bereits hart fühlbar. Mehrere Hochöfen in der hiesigen Gegend wurden ausgelöscht. Die großen metallurgischen Werke und die Werke La Providence und die Aliancoz bonno haben teils schon geschlossen, teils schließen sie morgen. Die Zahl der hierdurch Arbeitslosen zählt nach Tausenden.

Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Stuccatore Berlin und Umgegend haben in einer stark besuchten Versammlung, die gestern in den „Arminhallen“ tagte, die Lohnkommission beauftragt, mit den Unternehmern zwecks Einführung der Lohnarbeit statt der bisherigen Accordarbeit in Verhandlungen zu treten, die derartig beschleunigt werden sollen, daß am 1. Mai das Resultat verkündet werden kann.

An die Steinseher! Durch das Verhalten der Innung sind wir nunmehr in eine allgemeine Lohnbewegung gedrängt worden. Jetzt heißt es, dieselbe mit Ueberlegung und unter Ausnutzung aller günstigen Momente zum erfolgreichen Abschluß zu führen. Hierzu ist aber notwendig, daß wir uns über die einzuschlagende Taktik klar werden, damit Schlappen und unnütze Opfer nach Möglichkeit vermieden werden. Um hierüber Klarheit zu schaffen, findet heute Abend im Lokale Brunnstraße 188 eine öffentliche Versammlung statt, zu welcher das Erscheinen aller absolut notwendig ist.

Zur Lohnbewegung der Bäcker in Rixdorf. Die Bäckerei-Arbeiter in der jüngsten deutschen Stadt wollen nicht hinter ihren Berliner Kollegen zurückbleiben. Gleich diesen sind sie in eine Lohnbewegung eingetreten, die ihnen ein menschenwürdiges Dasein sichern soll. Schon am 18. März wurde in einer öffentlichen Versammlung, in der auch verschiedene Innungsmeister erschienen waren, über die Aufstellung von Forderungen verhandelt. Man wählte damals eine Kommission aus sechs Gesellen und beauftragte sie, mit den Meistern Verhandlungen anzuknüpfen. Die Meister wählten dann gleichfalls eine Kommission, die sich mit der Gesellenkommission auf folgende Vorschläge einigte: „Kost und Logis außer dem Hause (des Meisters) soll die Regel sein; jedoch steht es dem Gesellen frei, darauf zu verzichten und beim Meister Kost und Logis zu nehmen. — Die Unterschiede zwischen den Gesellen fallen fort. Der Werkmeister erhält einen Lohn von 24 M., alle übrigen einen solchen von 18 M. pro

Woche. — Die gewöhnlich zulässigen Ueberstunden erhält der Werkmeister mit 50 Pfennig und seine jüngeren Kollegen mit 30 Pfennig pro Stunde bezahlt. Freie Nacht für die drei Hauptfeiertage wird gewährt. Für Aushilfs-Arbeit erhält der Werkmeister 3,50 M., die übrigen Gesellen 3 M. Der Meister kann den Lohn für eine Woche einbehalten, jedoch ist das Kostgeld auszubehalten. — Vermählung werden mit 50 Pf. für jede angefangene Stunde bestraft; für die zweite Stunde hat der Geselle sämtliche Unkosten zu tragen.“ Verschiedene dieser Vorschläge konnten der Gesellenkommission durchaus nicht behagen, sie gab sich jedoch vorläufig damit zufrieden, um wenigstens etwas erreicht zu haben. Aber nicht einmal das wurde anerkannt. Die Meister lehnten die von ihrer eigenen Kommission mit vertretenen Vorschläge in ihrer nächsten Versammlung ab, indem sie geltend machten, sie wollten sich der Stellungnahme der Berliner Innungen anschließen. Die Bäckerei-Arbeiter Rixdorfs nahmen hierzu in einer kürzlich abgehaltenen Versammlung Stellung. Die Anwesenden erklärten in einer Resolution die Einigungsversuche der Meistervertreter für unannehmbar und beschloßen, sich in Verhandlungen mit den Innungsmeistern nicht einzulassen, sondern sich ohne Berücksichtigung Berlins an die werktätige Bevölkerung Rixdorfs zu wenden, um so eigene Forderungen durchzusetzen. — Die Bäckerei-Arbeiter versprechen sich sehr viel von der Unterstützung der allgemeinen Arbeiterchaft Rixdorfs. Augenblicklich werden die ersten Schritte gethan, sich dieser Hilfe zu versichern.

Deutsches Reich.

Der Ausstand der Krefelder Weber hat weiter eine günstige Wendung zu verzeichnen. In zwei Fabriken ist nachträglich eine Einigung zu stande gekommen. Bei Rottau und Leendergh haben die Arbeiter die Arbeit am Freitag früh aufgenommen und die Arbeiter der Firma Jakob haben Freitag gleichfalls mit überwältigender Majorität beschloßen, zu den angebotenen Bedingungen in Arbeit zu treten. Am Montag ist auch diese Fabrik in Betrieb gesetzt. Ebenso ist es gelungen, in Rheidt die Differenzen beizulegen.

Der Streik dauert fort bei den Firmen Schellees und Ebeling. Während nun bei Schellees eine vollständige Einigkeit unter den Arbeitern herrscht und kein Streikbrecher zu verzeichnen ist, steht die Sache bei Ebeling trauriger. Aber doch nicht so, daß der Streik nicht noch gewonnen werden könnte. Es haben sich christliche Streikbrecher eingefunden, deren Zahl im Laufe der letzten Tage auf 18 gestiegen ist. Mehr werden es nicht werden, weil die „Christlichen“ dort nicht mehr Mitglieder in Arbeit hatten. Die anderen Arbeiter haben am Donnerstag nachmittag einstimmig beschloßen, weiter zu streiken und unter den angebotenen Bedingungen die Arbeit nicht aufzunehmen. Der Ausschuß wurde beauftragt, dem Chef der Firma davon Mitteilung zu machen.

In einem Aufruf, den das Kartell verfaßt, heißt es: „Damit nun das Errungene nicht wieder verloren geht, ist es notwendig, daß die Arbeiter Deutschlands und noch eine kurze Zeit ihre Unterstützung zu teil werden lassen. Erst wenn der Sieg ein vollständiger ist, wird das Errungene den Arbeitern gesichert sein. Deshalb unterstützen wir, bis dahin, so auch ferner und auch am Niederkommen wird eine andere Zeit herindringen.“

Der Streik der Tapezierer in Kiel ist beendet. 30 Geschäfte, die 48 Gehilfen beschäftigten, haben die neunstündige Arbeitszeit ohne Reducierung des Wochenlohnes einigeführt.

Die Maurer in Bremerhaven sind in den Ausstand eingetreten. Sie verlangen eine Lohnhöhung von 5 Pf. pro Stunde, 8 tägige Lohnzahlung und Auszahlung des Lohnes auf den Bauten. Bisher haben 3 Unternehmer bewilligt.

Lohnbewegung in Barmen. Nachdem die Färber in Barmen ohne nennenswerten Kampf fast durchweg den Jehnstantentag erungen haben, sind die Riementdrehler (Arbeiter der Spinn- und Webindustrie) in eine Lohnbewegung zur Erringung des Jehnstantentages eingetreten. Während 6 größere Firmen den Jehnstantentag bewilligten, verhalten sich bisher die meisten Firmen noch ablehnend. Bei der Firma Molinens u. Müng, die einen Meister, der Mitglied der Kommission ist, mahregelte, kam es diesbezüglich zum Ausstand, dem sich zwei Drittel der in dem Betrieb beschäftigten Arbeiter, ca. 50 Mann, anschlossen. Bei dieser Gelegenheit sei hervorgehoben, daß die Barmener Textil-Magazinier immer mit Stolz darauf hinweisen, daß sie die höchsten Löhne in der Textilindustrie zahlen, dabei aber vergessen anzugeben, in welcher Arbeitszeit diese „hohen“ Löhne verdient werden. Die 11 stündige Arbeitszeit war bisher in der hiesigen Textilindustrie vorherrschend; bei flottem Geschäftsgang, wie es gegenwärtig wieder der Fall ist, wird Tag und Nacht gearbeitet. Die endgültige Einführung des Jehnstantentages im Wuppertale ist endlich nur noch eine Frage von kurzer Zeit.

Die Gründung eines Arbeitersekretariats für Halle a. S. ist in einer Gewerkschaftsversammlung beschloßen. Nach Beendigung der Vorarbeiten wird in nächster Zeit die Berechnung über die Beiträge sowie die näheren Bestimmungen über das Inkrafttreten des Instituts zur Beschlußfassung einer Versammlung vorgelegt werden.

Zug von Schmieden nach Erlangen ist ferngehalten, da die dortigen Schmiede in eine Bewegung zu Gunsten der Arbeitszeitverkürzung und Lohnhöhung eingetreten sind.

Wie sich „ehrsame“ Handwerksmeister als Spindel versuchen, darüber können die Dresdener Tischler eine lustige Geschichte erzählen. Seit einigen Wochen befindet sich die Tischler in Wilsdruff bei Dresden im Streik, ohne daß es den Meistern gelingt, die nötige Zahl von Streikbrechern heranzuziehen. Die treuen Freunde der bedrängten Handwerksmeister in der Umgegend hatten nun den sehr ersonnenen Plan ausgeheckt, einmal nach Dresden, als arbeitssuchende Tischlergesellen verkleidet, eine Spinnfaher zu unternehmen, um die Streikenden beim Postenstehen der Polizei zu denunzieren. Alles war aufs beste vorbereitet, die Tischlermeister erschienen in ziemlich schädlichem Anzuge und wenn man nicht an ihrem Körperumfang irre wurde, konnte man sie schon für reisende Gesellen halten. Die Streikenden blieben aber auch nicht ohne Kenntnis der Spinnaktion und so mißlang der groß angelegte Plan. Niemand wollte die angeblichen Streikbrecher ansprechen, nicht einer erhielt eine Drohung; nur mit Mühe konnte die Polizei eine Verhaftung vornehmen, die noch dazu eine verfehlte war. Die Lächer waren die Streikenden, die um so eifriger den Streik forsetzen werden und für die Denunziantengesellschaft nur ein Gefühl der Verachtung empfinden.

Ausland.

Die Aussperrung der Schreiner in Bern scheint dem Ende entgegenzugehen. Die vom Stadtrat eingesetzte Vermittlungskommission hat in einer Konferenz mit Vertretern beider Parteien eine Verständigung angebahnt.

Der Delegierten-Kongreß der Grubenarbeiter in den Departements Nord und Pas de Calais ist zusammengetreten. Den Vorsitz führte Baslé. Der Kongreß beschloß, an den Vorsitzenden der Grubengesellschaft einen Brief zu richten, in welchem erklärt wird, daß die Delegierten eine Lohnhöhung von 5 Proz. als Minimum annehmen, welche Forderung jedoch modifiziert werden könne. Ferner wird angefordert der Verschiedenheit, welche zwischen den von der Gesellschaft gelieferten Ergebnisziffern und denjenigen, welche die ministerielle Statistik aufweist, herrscht, eine neue Vespreehung verlangt, um eventuell ihre Forderungen zu modifizieren.

Brentano über Bernstein.

In der Münchener „Allg. Ztg.“ bespricht Professor Lujo Brentano Bernsteins Buch in sehr beifälliger Weise. Nachdem er ausgeführt, daß Bernstein seit Jahren der eifrigste Verfechter der Lehren von Marx und Engels gewesen, fährt er fort: „Aber Herr Bernstein gehört nicht zu den Schülern, deren selbständiges Denken durch die Lehren eines noch so verehrten Meisters erdrückt wird. Die Kritik, welche die so verletzten Kathedersocialisten an den Marx-Engelschen Lehren geübt haben, hat ihn dazu geführt, die von beiden Seiten gemachten Ausführungen zu prüfen, und

aufsichtlich erkannte er die gegnerischen Ausführungen an, wo sich seine bisherige Lehrmeinung als unhaltbar erwies.“

„Da finden wir denn (in Bernsteins Buch), wie die ökonomischen Lebensbedingungen auf das Maß eines das Völkerverhalten keineswegs bedingungslos bestimmenden Faktors zurückgedämmt werden; wir finden eine ganz vortreffliche Abrechnung mit der Hegel-Dialektik von Marx; die Marxische Wertlehre, die als der Eckstein des ganzen theoretischen Lehrgebäudes und aller praktischen Forderungen der Socialdemokraten gepriesen wurde, wird als etwas völlig Gleichgültiges hingestellt, worauf der Socialismus und Kommunismus sich wissenschaftlich nicht begründen ließen. Es wird zugegeben, daß eine ständige Konzentration der Vermögen nicht statigefunden habe, sondern das Gegenteil. Die Bedeutung der Kartelle für die Winderung der Krisengefahr wird eingeräumt. Und so geht es fort. Von Seite zu Seite finden diejenigen, welche, unter schärfster Anfeindung von kapitalistischer Seite, dem socialdemokratischen Lehrgebäude mit anderen als der überkommenen Burgardonomie entnommenen Argumenten entgegengetreten sind, ihre Lehren wieder — die glänzendste Rechtfertigung ihrer vielverdierten Thätigkeit.“

In der Agrarfrage stelle Bernstein Forderungen auf, denen zwar monopolistisch gefasste Agrarier nicht zustimmen würden, die sich aber von dem, was von liberaler Seite gefordert werden dürfte, nur wenig entfernten. Von ganz besonderer Wichtigkeit seien aber die rein politischen Ausführungen Bernsteins. Zum Beweise dessen citiert Brentano folgende Stelle aus Bernsteins Buch:

„Hat“, so fragt er, „die Socialdemokratie als Partei der Arbeiterklasse und des Friedens ein Interesse an der Erhaltung der nationalen Wechselfähigkeit? Unter verschiedenen Gesichtspunkten liegt die Verfolgung nahe, die Frage zu verneinen, zumal wenn man von dem Satz des kommunistischen Manifestes ausgeht: „Der Proletarier hat kein Vaterland.“ Indes dieser Satz konnte allenfalls für den rechtlosen, aus dem öffentlichen Leben ausgeschlossenen Arbeiter der 40er Jahre zutreffen, hat aber heute, trotz des enorm gestiegenen Verkehrs der Nationen miteinander, seine Wahrheit zum großen Teil schon eingebüßt und wird sie immer mehr einbüßen, je mehr durch den Einfluß der Socialdemokratie der Arbeiter aus einem Proletarier ein — Bürger wird. Der Arbeiter, der in Staat, Gemeinde u. gleichberechtigter Wähler und dadurch Mitinhaber am Gemeingut der Nation ist, dessen Kinder die Gemeinschaft ausbildet, dessen Gesundheit sie schützt, den sie gegen Unbillen verfehrt, wird ein Vaterland haben, ohne darum aufzuhören, Weltbürger zu sein, wie die Nationen sich näher rücken, ohne darum aufzuhören, ein eigenes Leben zu führen. Es mag sehr bequem erscheinen, wenn alle Menschen eines Tages nur eine Sprache sprechen. Aber welche ein Weiz, welche eine Quelle geistigen Genusses ginge damit den Menschen der Zukunft verloren. Die völlige Auflösung der Nationen ist kein schöner Traum und jedenfalls in menschlicher Zukunft nicht zu erwarten. So wenig es aber wünschenswert ist, daß irgend eine andere der großen Kultur-nationen ihre Selbständigkeit verliert, so wenig kann es der Socialdemokratie gleichgültig sein, ob die deutsche Nation, die ja ihren redlichen Anteil an der Kulturarbeit der Nationen geleistet hat und leistet, im Rat der Völker zurückgedrängt wird.“

Im weiteren Verlaufe des Artikels wendet sich Brentano dann gegen die Gewaltpolitiker vom Schlage der „Berliner Korrespondenz“, um ihnen gegenüber, gestützt auf Bernstein, dem sozialen Frieden das Wort zu reden. Er tritt dabei für Befestigung der Lage der Arbeiter und deren Mitbestimmungsrecht durch garantierte Koalitionen ein und hofft davon eine Verjüngung der breiten Massen des Volks mit unserer gesamten nationalen Kultur und unserer politischen Gestaltung.

Sociales.

Eine neue Arbeiter-Krankheit ist von dem Frankfurter Arzt R. Herzheimer entdeckt worden. Es ist eine durch elektrolytisches Chlor hervorgerufene Hautkrankheit. Herzheimer beschreibt einen berartigen Fall, den er bei einem Arbeiter in einer elektrolytischen Chloralkali-Fabrik beobachtet hat, und welcher sich als unheilbar erwies. Die ganze Haut des Arbeiters war mit eitrigen Knötchen und Knoten bis zur Größe einer Wallnuß bedeckt. Die Krankheit dürfte durch Einatmen von Chlorgas entstanden sein, und letzteres auf dem Wege des Blutkreislaufes die Talgdrüsen der Haut zerstört haben. Da man bei gewöhnlichen Chlorgas solche Wirkungen bisher nicht beobachtet hat, nimmt Herzheimer an, daß der nicht unbedeutende Gehalt des elektrolytisch gewonnenen Chlorgases an Chlor-Oxyden die Hauptursache der Krankheit sei. Es ist demnach geraten, durch zweckmäßige Lüftung der Arbeitsräume und Abdichtung der Entwässer solchen Vergiftungen vorzubeugen. Herzheimer nennt die neue Krankheit Chlor-Akne.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Das englisch-französische Abkommen im italienischen Parlament.

Rom, 24. April. Senat. Die Interpellation Comporeale-Bitellesi betr. das englisch-französische Abkommen über das Hinterland von Tripolis, welche am 8. d. M. eingebracht, aber auf Ersuchen des Ministerpräsidenten Pelloux vertagt worden war, kam heute zur Beratung. Der Minister des Auswärtigen Canonaro gab zunächst eine ausführliche historische Darstellung der Angelegenheit und erklärte, daß Frankreich seine Einflußsphäre in dem betreffenden afrikanischen Gebiet immer weiter ausgedehnt habe. Dies habe schließlich zu dem englisch-französischen Uebereinkommen vom März dieses Jahres geführt. Die italienische Regierung habe von Frankreich und England Aufschlüsse erbeten, die ihr in reichlichem Maße und in der Art gegeben worden seien, daß jeder Zweifel an den wohlwollenden Absichten dieser Mächte ausgeschlossen sei. Die der Regierung gegebenen Versicherungen stellen fest:

1. daß weder jetzt noch in Zukunft irgend eine Unternehmung Frankreichs und Englands gegen Tripolis zu befürchten sei;
2. daß nichts geschehen würde, was die Handelsbeziehungen zwischen den Gebieten Tripolis und Central-Afrika unterbinden könnte.

Der Minister spricht die Hoffnung aus, daß diese freimütige Darlegung die Frage der englisch-französischen Konvention vom 21. März soweit sie Italien betreffe, auf ihren wahren Wert zurückführen werde, und daß seine Erklärungen bewiesen, daß die Regierung ihre Pflicht gethan habe und daß sie die Interpellanten und den Senat befriedigen, sowie die öffentliche Meinung beruhigen würden.

In der Diskussion sprachen Bitellesi und Di Camporale, von denen die Regierung heftig angegriffen wurde. Die Ausführungen des letzteren riefen eine scharfe Erwiderung des Ministers Canonaro hervor. Der Ministerpräsident Pelloux schließt sich den von Canonaro im Rahmen der Regierung abgegebenen Erklärungen an und sagt, es sei unnötig, sich in Erörterungen darüber zu ergehen, wen während dieser langen Reihe von Jahren die Verantwortlichkeit treffe; man würde wahrscheinlich in der Frage der Verantwortlichkeit zu dem Schluß kommen müssen, daß ein Jeder ein wenig Verantwortlichkeit habe. Darauf wird die Erörterung geschlossen.

Kiel, 24. April. (W. Z. B.) Der Konfistorialpräsident D. Dr. Chalharsn überreichte **Klaus Groth** den diesem verliehenen Kronenorden 2. Klasse. Im Laufe des Tages gingen dem Jubilar zahlreiche weitere Beweise der Verehrung zu; die philosophische Fakultät der Universität Bonn überfandte ihrem Ehren doktor einen Glückwunsch; die Geburtsstadt Groths, Heide, erannte Groth zum Ehrenbürger.

Wien, 24. April. (W. Z. B.) Heute vormittag stürzte in der Schönbrunnerstraße auf einem Neubau das Gerüst ein, wobei sieben Personen schwer verletzt wurden.

Wien, 24. April. (W. Z. B.) Die „Volkskorresp.“ meldet aus dem Haag: Die Eröffnung der Friedenskonferenz findet am 10. Mai statt.

Wien, 24. April. (W. Z. B.) Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Budapest, daß Graf Salchowski dort keine Unterredung mit einem Journalisten gehabt hat.

Entgegnung.

In seinem Artikel in Nr. 98 des „Vorwärts“ gegen Kantsh kommt Bernstein auch auf meinen Artikel in Nr. 78 des „Vorwärts“ zu sprechen, der betitelt ist: „Demokratie und Socialdemokratie im Kantons Zürich“.

Ich finde es unbegreiflich, daß Bernstein die Tendenz meines Artikels nicht zu verstehen vermochte. Für mich handelte es sich darum, bei seinem Bestreben, den Klassencharakter des Staats zu leugnen und die Klassenkämpfe zu vertuschen, wobei er gegen die deutsche Socialdemokratie speciell auf Seite 188 seiner Schrift ganz im Sinne Eugen Richters die Anklage erhebt: durch ihr Verhalten und ihre Taktik das Bürgerthum der Reaction in die Arme getrieben zu haben, nachzuweisen, daß dieselben Erscheinungen wie in Deutschland sich in einem Lande zeigen, das in industrieller Entwicklung hinter Deutschland steht, in politischer Entwicklung ihm weit voraus ist, und demnach Bernsteins jetzige historische Auffassung falsch ist.

Es würde auch nicht schwer fallen, das, was ich von der Entwicklung im Kantons Zürich sagte, in der neueren Entwicklung aller Staaten Mittel- und Westeuropas nachzuweisen, und daß Bernstein nur durch die bürgerlich-optimistisch gefärbte Brille, die er aufgesetzt hat, dieses nicht sieht.

Ich habe in meinem Artikel auch nicht von der Gründung der socialdemokratischen Partei im Kantons Zürich gesprochen, denn diese besteht, wie Bernstein weiß, seit Jahrzehnten, sondern ich sprach von der sehr beachtenswerthen Thatsache, die ein Beweis für die Versärfung der Klasse gegenwärtig in einem rein demokratischen Staatswesen sei: daß die Gruppierungen ganz gegen ihre bisherige Gepflogenheit beschlossen, zu verlangen, jedes ihrer Mitglieder müsse künftig Mitglied der socialdemokratischen Partei sein.

Daß bei aller Gleichartigkeit in der Grundauffassung in der Kampfweise der Socialdemokratie der verschiedenen Länder unter anderem auch die geschichtlichen Ueberlieferungen und die demokratische Erziehung, wie Bernstein ausführt, und wie ich hinzusetze, auch noch einiges andere wie die demokratischen Einrichtungen des Staats, die Haltung der Staatsgewalt und der herrschenden Klassen eine Rolle spielt, ist eine so alte Wahrheit, daß sie Bernstein in zahlreichen schriftlichen und mündlichen Aeußerungen von mir und anderen, Marx und Engels voran, vertreten findet. Aber was wir uns schon an den Schlußworten abgelaufen haben, soll man uns nicht als neue Neujährwünsche beibringen.

Endlich sucht Bernstein für seine Ansicht die Aeußerung unseres Züricher Partei-Organs, des „Volksrecht“, auszuklumpfen, das gegen die Bemerkungen der liberalen „Neuen Züricher Zeitung“ den Beschluß der Gruppierungen als eine reinliche Scheidung bezeichnet, die erst recht ein Zusammengehen mit der bürgerlichen Demokratie ermöglichte.

Diese Aeußerung des „Volksrechts“ war mir bei Niederschrift meines Artikels bekannt, sie spricht aber nicht für Bernstein, sondern bedeutet nicht weiter, als daß an der Taktik bei Wahlen im Kantons Zürich bis auf weiteres nichts geändert werde.

Und das entspricht durchaus der Sachlage. Denn Bernstein weiß so gut wie ich, daß für die Regierungs- und Kantonalwahlen, und, irre ich nicht, auch für die Gemeindevahlen, das Listensystem am besten ist, d. h. ein Wahlsystem, das die Parteien, die eine absolute Majorität der Wähler nicht hinter sich haben — und diese hat heute keine Partei hinter sich — zwingt, Kompromisse einzugehen, um einen Erfolg bei den Wahlen zu haben.

An dem Tage aber, an dem das Listensystem fällt und das Proportionalwahlsystem eingeführt wird — was nur eine Frage der Zeit ist — hören diese Kompromisse auf, die von allen schweizer Parteigenossen ohne Ausnahme als eine schwere Schädigung der Partei-Interessen empfunden werden. Alsdann steht die Schweizer Socialdemokratie in allen Wahlkämpfen auch der bürgerlichen Demokratie als Gegner geschlossen gegenüber, obgleich die Demokratie in der Schweiz doch noch etwas anderes ist, als was sich in Deutschland unter diesem Namen zusammenfindet, aber beinahe keine Bedeutung hat.

Auf weitere Auseinandersetzungen mit Bernstein verzichte ich für jetzt, das geschieht später an anderer Stelle.
Berlin, den 24. April 1899. A. Bebel.

Mordprozeß Gutmann.

Rechter Verhandlungstag (Montag).

Vorsitzender Landgerichtsrath Boisch eröffnet die Sitzung in Anwesenheit familiärer Zeugen.

Zunächst stellt Staatsanwalt Blaschke noch eine Reihe ergänzender Fragen an verschiedene Zeugen und an die Schreibadvokaten. Er ersucht u. a. den Justizrat Dr. Sello, das von diesem kürzlich erwähnte Schreiben, in welchem ein Mann erklärt, daß er der Mörder sei und Gutmann unschuldig leide, den Schreibadvokaten vorzulegen, damit diese prüfen, ob die Schrift verfertigt sei und ob sie eine gewisse Familien-Ähnlichkeit mit dem „Hugo-Briefe“ habe. Da das Schreiben augenscheinlich nicht zur Stelle ist, verzichtet der Staatsanwalt auf weitere Weisungnahme nach dieser Richtung hin. Aus seiner Kenntnis, die er am Sonnabend von diesem Schreiben genommen, bleibt Sekretär Alttrichter sein Gutachten dahin ab, daß das Schreiben, welches einige entfernte Ähnlichkeiten mit dem Hugo-Briefe zeige, mit verstellter Hand geschrieben sei. Es komme häufiger vor, daß Personen aus gleicher sozialer Stellung bezw. gleicher Beschäftigung gewisse Ähnlichkeiten in der Handschrift zeigen, so daß es nicht ausgeschlossen sei, daß das Schreiben aus Zuhälterkreisen herabre.

Bei der Vernehmung der noch nicht verurteilten Zeugen teilt der Vorsitzende mit, daß eine bereits verurteilte Zeugin ausgeblieben sei und dies brieflich damit begründet habe, sie könne nicht kommen, sie müsse umziehen. Die Zeugin wird in eine Ordnungsstrafe von 10 Mark genommen.

Ein wichtiger Entlastungszeuge.

Rechtsanwalt Dr. Schwandt richtet noch einige Fragen an den Vater des Angeklagten, die dieser dahin beantwortet: Er habe sich in der Zwischenzeit vom Sonnabend bis heute Mühe gegeben, die Mauer zu ermitteln, mit denen der Angeklagte behauptete, in der Nacht vom 4. zum 5. Juni gegen 11 Uhr in einem Lokale zu Frankfurt a. O. zusammen gewesen zu sein. Es sei ihm gelungen, einen dieser Mauer zu ermitteln und dieser habe erklärt, sich mit aller Bestimmtheit an diese Thatsache zu erinnern und auch genau zu wissen, daß es der 4. Juni gewesen sei. Der Mauer habe erklärt, daß er den Angeklagten selbst gar nicht kenne, dagegen sich eines auch vom Angeklagten erwähnten Rentonires mit einem Unteroffizier erinnere, das sich an jenem Abend ereignet habe. Der Staatsanwalt hält es, wenn auf diese Befragung Wert gelegt werden sollte, für notwendig, den Mauer zu laden. Wenn belundet werden sollte, daß der Angeklagte in der Nacht vom 4. zum 5. Juni in Frankfurt gewesen sei, so wäre das natürlich von großer Wichtigkeit. Der Zeuge Gutmann giebt noch in aller Ausführlichkeit eine Darstellung seiner Bemerkungen, die endlich dazu geführt haben, den Mauer Gustav Jewiz zu ermitteln. Staatsanwalt: Wenn die Verteidiger keine Anträge stellen wollen, so stelle ich den Antrag, den Mauer Jewiz sofort telegraphisch als Zeugen zu laden. — P. a. l.: Wenn das belundet werden sollte, was der Zeuge hier belundet hat, so wäre dies ein absoluter Alibibeweis, der unter allen Umständen zu erheben ist. Der Gerichtshof beschließt daher, den Mauer Jewiz telegraphisch zu laden und die Verhandlung bis nachmittag 4 Uhr zu vertagen.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung um 4 1/2 Uhr teilt der Vorsitzende mit, daß der Zeuge aus Frankfurt noch nicht zur Stelle sei. Sodann legt der Vorsitzende mehreren Zeugen und Zeuginnen eine Kette vor und fragt sie, ob sie diese Kette bei der Singer gesehen haben. Nach einem eingegangenen anonymen Briefe soll diese Kette von einem Manne, der angeblich Gutmann gewesen sein soll, einem Frauenzimmer kurz nach dem Mord geschenkt worden sein. Sämtliche befragten Zeugen erklären, eine solche Kette bei der Singer nicht gesehen zu haben.

In Betreff des Frankfurter Zeugen erklärt der Staatsanwalt: Wenn die Angaben des Angeklagten sich bestätigen sollten, so halte ich dies für so wichtig, daß ich es vor Gott und meinem Gewissen nicht verantworten könnte, das Schuldig zu beantragen. Ich komme also um den Zeugen nicht herum. — Es wird vorgeschlagen, die Sitzung auf eine Stunde auszusetzen und ein Beamter hat bereits den Saal verlassen, um telephonisch bei der Behörde in Frankfurt anzufragen, als der ersuchte Zeuge eintritt.

Ein Intermezzo.

Vor seiner Vernehmung gelangt eine Ungeheuer, die sich ein Zeuge hat zu schulden kommen lassen, zur Erörterung. Der Zeuge Raffotta hatte den Gerichtshof mit einer Cigarre in der Hand betreten. Dies war dem Präsidenten angezeigt worden, der darauf den Zeugen verweist und ihn zur Rede stellt. Als der Gerichtshof dem Zeugen wegen Ungeheuer nach dem Antrage des Staatsanwalts eine Geldstrafe von 15 M. auferlegt, ergeht der Zeuge sich fortgesetzt in Erwidrerungen, trotzdem ihm wiederholt Schweigen auferlegt wird. Der Staatsanwalt beantragt aufs neue eine Geldstrafe von 15 M. Der Gerichtshof erkennt aber auf eine sofort zu verbühende Haftstrafe von 24 Stunden.

Kein klassischer Zeuge.

Inzwischen ist der Zeuge Gustav Jewiz aus Frankfurt a. O. eingetroffen und sofort vernommen. Er weiß, daß er eines Abends nach Pfingsten mit dem Angeklagten, einem anderen Maurer und einem Artillerie-Unteroffizier im Gänberischen Lokale beisammen war. Er weiß nicht, wann es war, bleibt aber dabei, daß es an einem Sonnabend acht oder vierzehn Tage nach Pfingsten gewesen sei. Weitere charakteristische Merkmale dieses Tages kann der Zeuge nicht angeben, er wiederholt nur immer, daß „er es wisse“. — Staatsanwalt: Wie sind Sie vorbeisraft? — Zeuge: Zwölfmal. — Staatsanwalt: Und wie war Ihre längste Strafe? — Zeuge: Vier Wochen. — Staatsanwalt: Bedenken Sie sich wohl: Sie haben einen Eid geleistet! Also: wie war Ihre längste Strafe? — Zeuge: Zwei Jahre und neun Monate. — Staatsanwalt: So, so. Weshalb denn? — Zeuge: Wegen Unzucht. — Staatsanwalt: Bestimmen Sie sich mal, ob Sie nicht etwa Zuchtans gehabt haben? — Zeuge: Nein, ich war in Kortbus und dort ist kein Zuchtans.

Der Präsident teilt mit, daß die Frau Jenker, die die Kettengeschichte mitgeteilt hat, zur Stelle gefahrt werden solle, bis zu ihrer Ankunft aber wohl noch einige Zeit vergehen werde, so daß es am zweckmäßigsten sein werde, die Verhandlung Dienstag fortzusetzen.

Justizrat Dr. Sello teilt mit, daß er eine mit voller Namensunterzeichnung versehenen Notizen erhalten habe, nach welcher ein Willy Mägdelburg mit Bestimmtheit solle belundet kommen, daß er am ersten Pfingstfeiertage vormittags den Angeklagten bei seinen Eltern in Frankfurt a. O. gesehen habe.

Der Gerichtshof beschließt, diesen Zeugen und die Frau Jenker zu morgen vorzuladen, und vertagt die Sitzung auf Dienstag 9 Uhr.

Kommunales.

Die Große Berliner Straßenbahn hat der städtischen Verkehrsdeputation den Entwurf zum Ausbau des zweiten Geleises in der Straße zwischen der Dierlen- und Thurnstraße; ferner im Anschluß hieran zu einer Geleisanlage durch die Pulvisstraße mit einer Abfahrtsstelle in der Dinkowstraße zur Genehmigung unterbreitet.

Nachdem der neue Vertrag zwischen der Stadtgemeinde Berlin und den Berliner Electricitätswerken nunmehr von beiden Parteien, dem Magistrat und von der Gesellschaft, formell unterzeichnet worden ist, ist derselbe seit dem 1. April d. J. in Kraft getreten. Hiermit sind nunmehr auch für die Konjumenten die Bestimmungen des neuen Normaltarifs usw. in Geltung getreten.

Lokales.

Die Centralkommission der Krankenkassen Berlins giebt in einem energisch gehaltenen Flugblatt gegen die belannte Sorte freier Hülfskassen zu Felde. Es heißt darin: „Als Gründungsschwindel größter Sorte haben sich einige der in jüngster Zeit der Arbeiterkassen mit allen Mitteln der Reklame unter den verschiedensten Titeln angepöbelten Zuhälterklassen erwiefen. Der Zusammenbruch der Kranken-Zuhälterklassen „Zukunft“ und „Volkswohl“ hat Tausende von kranken Proletariern um die unter Entbehrungen vom Munde abgeparten Groschen gebracht, die als Versicherungsbeträge der in Zeiten der Erkrankung unabweislichen Not vordringen sollten, nun aber lediglich die Taschen einiger Gründer gefüllt hatten. Dem Krankengeld haben wohl die wenigsten Versicherten von diesen famosen Kassen jemals erhalten.“

Den Arbeitern und Arbeiterinnen wird dann in dem Flugblatt der wohlgeachtete Rat gegeben, sich in den Tagen der Gesundheit noch bei einer soliden freien Hilfskasse besonders zu versichern und vor allen Dingen dahin zu streben, daß in den Krankenkassen die Leistungen erhöht und vervollständigt werden.

Zum Kampf für Ordnung, Religion und Sitte. Die „Welt am Montag“ schreibt: „Der Redacteur der anarchischen Wochenchrift „Neues Leben“, Herr Franz Kerschler, ist, wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, auf freien Fuß gesetzt worden. Seine plötzliche Entlassung aus dem Untersuchungsgefängnis ist eben rätselhaft, wie seine Verhaftung vergeblich nach gesuchten Gründen suchen läßt. Bekanntlich ist die Verhaftung aus Grund eines Artikels über den historischen Christus erfolgt, in dem umfangene Leser nichts Strafbares finden konnten. Es wäre doch angebracht, daß die öffentliche Meinung, besonders aber die Kreise der Journalisten, endlich einen moralischen Druck auf unsere Justizbehörden ausüben dahingehend, daß fernerhin nicht mehr durch die Polizei-Organe die verfassungsmäßig garantierte Pressfreiheit völlig illusorisch gemacht wird.“

Wie mag sich das Blatt in seiner Herzensankuld einen moralisch-journalistischen Druck auf die Justizbehörden vorstellen?

Großes Wehklagen erhebt sich im „Reichsboten“ über den Dalles, der die „Berliner Mission“ heimgeführt hat. Dies ist eine Gesellschaft, die den armen Heidenkindern in Afrika und sonst wo das Christentum bringt, während die national gesinnten königlichen Konsulate in unseren Handelsstädten dieselben Neger mit dem Kulturmittel des preussischen Schnapfes beglücken. Nun hat der Kassenabschluss der Mission ergeben, daß nicht allein 101 000 M. Kassen-schulden da sind, sondern daß auch von den Kosten eines Baues, den die Gesellschaft sich für 800 000 M. errichten läßt, noch 250 000 M. ausstehen. „Wenn man diese Verhältnisse überdenkt“, meint das Rostockerblatt, „so kann einem Missionstheoretiker das Herz recht schwer werden.“

Unschuldig hingerichtet. Anlässlich des verzwölften Mordprozeßes Gutmann dürfte es angebracht sein, einen furchtbaren

Justizirrtum ins Gedächtnis zurückzurufen, um so mehr, als derselbe vor nunmehr vierzig Jahren bestätigt wurde. Im Jahre 1858 wurde in Berlin ein Mädchen der Halbwelt des Morgens in seiner Wohnung aufgehängt vorgefunden und die Umstände schlossen einen Selbstmord von vornherein aus. Durch die Recherchen nach dem Mörder wurde ermittelt, daß ein gewisser v. (N) Puttitz mit der Ermordeten verkehrt hatte, weshalb man ihn wegen des dringenden Verdachtes der Thäterschaft in Haft nahm. P. beteuerte dem die Unterjuchung führenden Polizeikommissar Roggenstein gegenüber seine Unschuld; es trat auch eine Zeugin Medlow auf, welche belundete, daß P. die fragliche Nacht bei ihr zugebracht habe. Ein stummer Zeuge der That war der zum Anhängen der Dine verwendete neue Strid. Eine Seilerfrau trat nun gegen den Verdachtes auf und gab zu Protokoll, daß sie in dem P. mit voller Bestimmtheit den Käufer des Strides wiedererkenne. Da zum Entsetzen des Verhafteten auch die vorerwähnte Zeugin Medlow ihre Aussage dahin korrigierte, daß P. auch eine andere Nacht und nicht die Nordnacht bei ihr zugebracht haben könnte, so war das Schicksal des P. besiegelt. Er wurde wegen Mordes trotz seines Leugnens zum Tode verurteilt und auf dem Hofe des Moabiters Straßgefängnisses in der Lehrterstraße hingerichtet. Ueber die Angelegenheit wuchs schnell Gros und war bald vergessen. Da, im Jahre 1899, gelang ein Schumann auf seinem Sterbebette, daß v. Puttitz unschuldig hingerichtet worden sei, da er das Mädchen infolge eines Streites getötet und aufgehängt habe. Kurz darauf verstarb er. Die Gebeine des Opfers eines unseligen Justizirrtums wurden ausgegraben und auf Staatskosten auf einem Berliner Kirchhof beerdigt.

Der Wassersturz im Viktoriapark am Kreuzberg hielt am Sonntagmittag anlässlich der Abnahme der sechs Heermannsmäler der Freiheitskämpfer Müllert, Körner, v. Schandendorf, Kleff, Krendt und Uhlend durch die Abnahmekommission der städtischen Behörden sein diesjähriges Proberaussehen. Zur Abnahme der Denkmäler und Beschäftigung des Wassersturzes waren Stadtbaurat Hoffmann, Stadträte Kochhaus und Wagner, sowie die Stadtverordneten Vaurat Kuhlmann, Rechtsanwält Ladewitz, Paul Singer und Kelsnow und die Schöpfer der Denkmäler erschienen. Die Ausführung und Aufstellung der Denkmäler fand die volle Zufriedenheit der Abnahmekommission bis auf die Aufstellung Uhlends, der etwas in das mit einer Bank umgebene Halbrondel zurückgesetzt werden soll. Nach Abgabe der vorhandenen Mittel sollen dem Viktoriapark noch einige Kunstgärten in Gestalt plastischer Werke zu teil werden. Beabsichtigt ist u. a. die Aufstellung einer weiteren Bronzegruppe, analog der vor dem Wassersammelbassin des Wassersturzes „Ein seltener Fang“.

Berliner Krankenkassen. Am 1. April d. J. bestanden in Berlin 56 Orts-Krankenkassen, 36 Betriebs- (Fabrik-) Krankenkassen und 19 Innungs-Krankenkassen.

Die Anstalt für Epileptische in Wuhlgarten verpflegte am 31. Dezember 1898 insgesamt 957 Personen und zwar 888 Erwachsene (541 Männer, 327 Frauen) und 89 Kinder. Am 31. März d. J. hatte die Anstalt einen Bestand von 962 Epileptikern, 875 Erwachsene (545 Männer, 330 Frauen) und 87 Kinder. In Privatpflege befanden sich außerdem 3 Knaben. Beurlaubt waren 22 Erwachsene und 31 Kinder.

Staatssekretär v. Bobbieroff hat wegen des schriftlichen Verkehrs zwischen Post und Publikum an die Ober-Postdirektion folgende Verfügung erlassen: Eingaben des Publikums sind mit möglichster Beschleunigung zu behandeln. Soweit sie zur Erledigung durch die beteiligte Verkehrsanstalt geeignet erscheinen, sind sie an diese abzugeben; der Absender der Eingabe ist hiervon zu benachrichtigen. Falls die Erledigung bei der Ober-Postdirektion erfolgt und voransichtlich nicht binnen acht Tagen geschehen kann, ist ein Vorderscheid zu erstellen.

Zwangsinnung der Sattler. Heute findet um 4 Uhr nachmittags im Bürgerlocale des Berlinerischen Rathauses eine Generalversammlung aller Sattler, Riemer, Fäshner und Wagenbau-Betriebe zum Zwecke der Neu-Konstituierung der neuen Zwangsinnung statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Wahl des Innungsvorstandes. 2. Beschlußfassung wegen Uebernahme der Neu-Einrichtungen der bisherigen Sattler, Riemer- und Fäshnerinnung auf die Zwangsinnung (Sterbelle und Wittwenkasse).

Lebensart einer „Durchlaucht“. Eine recht sonderbare Geschichte, die sich dieser Tage auf dem Potsdamer Bahnhof zugetragen haben soll, weiß die „Berl. Ztg.“ zu berichten mit der Versicherung, den Beweis für die Richtigkeit derselben jederzeit erbringen zu können. Danach betrat auf dem genannten Bahnhof ein eleganter Herr von aristokratischer Erscheinung in den vierziger Jahren mit einer Dame den Perron und wollte ein Coupé erster Klasse des nach Potsdam fahrenden Zuges besteigen. Eines der Coupés war von zwei oder drei Fahrgästen besetzt, in dem zweiten sah eine einzelne Dame. Dem vornehmen Herrn behagte aber weder das eine noch das andere und so wandte er sich an den dienstthuenden Assistenten mit ungeschäfer folgenden Worten: „Ach, sagen Sie doch bitte, der Dame dort, daß sie in dem anderen Coupé Platznehmen möge, ich möchte für meine Frau und für mich ein Coupé allein haben. Der Beamte, ein noch jüngerer Mann, güng in der That zu der Dame und trug ihr das eigenartige Anliegen vor. Die Dame, erkaunt und empört, antwortete ablehnend. Der junge Beamte kam bedauernd zu dem „Kavalier“ zurück und berichtete, was er gehört hatte. Der Herr aber runzelte die Stirn und sagte: „So lagen Sie der Dame doch, daß sie Ihnen persönlich einen Gefallen erweise, wenn sie den Platz räumt!“ Und wirklich soll der Beamte noch einmal mit dem Verlangen an die Dame herangetreten sein. Diese stieg nun, um der peinlichen Scene ein Ende zu machen, aus und setzte sich wirklich in das andere Coupé. Der Herr, dem es so glücklich gelungen war, die fremde Dame zu verjagen, stieg mit seiner Gemahlin ein und bekam somit ein ganzes Coupé für sich allein, trotzdem er nur im Besitz von zwei Fahrkarten war. Damit aber noch nicht genug. Am letzten Augenblick, bevor der Zug abging, erschien der Aufsicht führende Beamte, ein älterer Assistent, auf dem Perron. Der Herr sah zum Fenster hinaus und der ältere Beamte grüßte sehr verort; darauf sagte der hohe Herr zu ihm: „Ach, machen Sie doch Ihren jungen Assistenten darauf aufmerksam, daß er mich nicht mit „Sie“ anzureden hat; sagen Sie ihm doch, wer ich bin!“ „Janwohl, Durchlaucht!“ antwortete strammstehend, der Aufsichtführende.

Nachdem am letzten Donnerstag in der Stadterordneten-Versammlung eine so aufgehäufte Fülle von Debitoren ans Licht gebracht wurde, kann der hier mitgeteilte Fall eigentlich kaum Wunder nehmen.

Auf der Reise nach Berlin im Eisenbahnzuge gestorben ist am Sonntagabend der Posthalter Hermann Bauer aus Altenburg. Der schon ziemlich betagte Mann sah mit drei anderen Reisenden in einem Abteil zweiter Klasse des D-Zuges, der um 9 Uhr von Leipzig hier auf dem hiesigen Anhaltischen Bahnhofe eintrifft. Während er sich bis dahin mit den anderen Fahrgästen unterhalten hatte, wurde er zwischen Säubende und Tempelhof plötzlich still und lehnte sich auf seinem Kopflage in die Kissen zurück. Die Mitreisenden glaubten, der alte Herr wolle noch etwas schlafen und liehen ihn ruhig sitzen. Erst auf dem Anhalter Bahnhofe wollten sie ihn zum Aussteigen wecken. Als ihnen das nicht gelang, machten sie einen Gepäckträger auf ihn aufmerksam. Dieser rief den Fahrgast noch einmal an und schüttelte ihn nun zweimal. Man glaubte immer noch, daß er schlafte, dann endlich, daß er schwer erkrankt sei. Im Instruktionszimmer jedoch, in das man ihn trug, erkrankte der herbeigerufene Bahnarzt, daß er tot war. Die Todesursache ist wahrscheinlich ein Herzschlag. Die Leiche wurde später nach dem Schanpauße abgeholt.

Gegen den früheren Direktor Mag. Krenndt hat sich, wie uns weiter berichtet wird, das Verdachtsmaterial so weit verdichtet, daß die Erhebung der Anklagebehörde bevorsteht. Sie wird aber, entgegen der ursprünglichen Richtung der Ermittlungen, voraussichtlich nicht auf Betrug, sondern auf betrügerischen Bankrott lauten und daher vor dem Schwurgericht zu Leipzig zur Verhandlung kommen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß in das Strafverfahren auch noch eine zweite Person wegen Beihilfe hineingezogen wird.

Ein entsetzlicher Unfall hat sich am Sonntagvormittag gegen 10 Uhr auf der Obersee in der Nähe der Oberbaumbrücke zugetragen. Ein Dampfer, der bereits mehrere Röhre im Schlepptau hatte, wollte noch einen dazu nehmen, um ihn auch noch mitzuschleppen. Der Kahn lag bereits im Strome. Während er abwärts trieb und der Dampfer anzog, geriet der 16jährige Schiffer Welschitz aus Jiltendorf, der die Fangleine übernommen und die Röhre festgemacht hatte, zwischen diese und die Bordwand. Die Stahlröhre brach ihm mehrere Rippen, schnitt in Hüften und Bauch ein, so daß die beiden Körperhälften fast von einander getrennt wurden, und zerfiel ihm Lunge und Leber. Auf das Geschrei seiner Bootsgenossen stoppte der Dampfer und die Röhre warfen ihre Anker. Der Dampfer brachte den Unglücklichen schleunigst nach der königlichen Klinik. Hier ist der Unglückliche gestern gestorben.

Der Konsumverein Berlin-Nordost hat beschlossen, am nächsten Montag, als am Tage der Kaiserfeier, seine Geschäftsräume den ganzen Tag über geschlossen zu halten.

Theater. Das Schiller-Theater bringt heute die erste Aufführung von „Der Hergoßtschiller von Ammergau“, Volkschauspiel in 6 Aufzügen von Ludwig Ganghofer und Hans Reuent. Die Hauptrollen sind folgendermaßen besetzt: Anton Högstatter; Julius Eiden; Voni; Helene Köhner; Fritz Baumiller; Walter Jollin; Lohner; Traudl; Agnes Werner; Paul; Gustav Dlmay; Rudi; August Weigert; Weidertelch; Max Patzegg; Hochzeitslader; Max Laurence; Randl; Grete Meyer; Poisl; Leopold Turner. — Am dem Schiller-Abend des Deutschen Theaters, der das Schauspiel: „Die Beschärft“, die Prologdramme: „Der grüne Kalaber“ und das Spiel: „Paracelsus“ bringt, wirken die Damen Dumont, Ebertz, Gisinger, Helms, Heinenhofer, Saffow und die Herren Biersfeld, Fischer, Geisenböcker, Kainz, Köhler, Kurth, Martin, Reinhard, Rissen, Reinhardt, Rittner, Schweizer, Wollstein, von Winterstein und Jener mit. Die erste Aufführung findet am Sonnabend, die erste Wiederholung am Sonntagabend statt. — Im Metropol-Theater beginnt am 2. Mai die Sommerferien mit einem Spezialitäten-Programm.

Feuerbericht. Sonntagmorgens kurz nach 1 Uhr erfolgte ein Ausbruch der Feuerwehre nach Gerichtstraße 19, wo Stroh in Brand geraten war. Gegen 5 Uhr wurde die Feuerwehre nach dem Leichter Güterbahnhofe gerufen (Stadtbahnbogen 342/45). Abfälle von Pachtstroh unter einer Verladerrampe gerieten vermutlich durch herabfallende Funken aus einer Lokomotive in Brand, doch konnte die Gefahr für den Güterbahnhof bald beseitigt werden. Sonnabendabend 10 Uhr brannte Skaligerstraße 46a die Schaldede. Ein größerer Ladenbrand brach Sonnabend 9 Uhr Lieblichstraße 12 aus. Dort war nämlich in einer Seifenhandlung ein Schadenfeuer ausgebrochen, das schon längere Zeit geschwelt haben muß. Die Feuerwehre hatte längere Zeit mit einem Rohre Wasser zu geben, um des Feuers Herr zu werden. Endlich brannte noch Grüner Weg 125 eine Kiste mit Stroh auf dem Hofe.

Aus den Nachbarorten.

Treptow-Baumhulweg. Zu der am Mittwoch bei Aldermann tagenden Versammlung des Vereins „Vorwärts“ wird zahlreicher Besuch erwartet.

Aus Nordost. Entsetzliche Brandwunden erlitt am Sonnabendabend der Schuhmachermeister Luther, Kirchhoffstraße 31 wohnhaft, durch die Explosion einer Petroleumlampe. Er war im Begriff, mit der Lampe nach dem Schlafzimmer zu gehen; als er aber die nach dem Schlafzimmer führende Thür öffnete, entstand ein Luftzug, welcher die Explosion verursachte. Die Kleider des L. standen im Augenblick in Flammen und bevor ihm Hilfe ward, hatte der Unglückliche bereits am ganzen Körper derartige Brandwunden davongetragen, daß er in fast hoffnungslosem Zustande nach dem Brüder Kreiskrankenhause gebracht werden mußte. — Auf unerklärliche Weise sind dem Gastwirt Alex in der Hermannstraße am Sonntag 5 Hundertmarkstücke und ein größerer Betrag in Gold und Silber abhanden gekommen. Ein des Diebstahls der verschwindenden Summe verdächtiger Mann wurde zwar verhaftet, mußte aber bald wieder auf freien Fuß gesetzt werden, da keinerlei Beweise seiner Schuld vorlagen.

Eisenbahnunfall in Stralau-Rummelsburg. Sonntagmorgens 3 Uhr entgleiste auf dem Bahnhofe Stralau-Rummelsburg die Maschine eines Sühringzug. Glücklicherweise geschah der Unfall bei der Ausfahrt aus dem Bahnhofe, als der Zug sich langsam fortbewegte, so daß er sofort zum Stehen gebracht werden konnte. Es stellte sich heraus, daß nur eine Achse der Lokomotive aus dem Geleise gesprungen war. Die Passagiere mußten umsteigen. Es dauerte dann fast zwei Stunden, bevor die Maschine wieder auf das Geleise gerufen wurde. Der Verkehr konnte durch Ueberleitung auf ein anderes Geleise aufrecht erhalten werden.

Die zum April d. J. in Schöneberg vorgenommenen erheblichen Mietsteigerungen haben bewirkt, daß die Bauhätigkeit sich gegenwärtig außerordentlich entwickelt. Durch die vor einigen Jahren in fast sämtlichen Berliner Vororten entstandene wüste Bauspekulation war auch in Schöneberg eine so große Ueberproduktion an Wohnungen geschaffen worden, daß ganze Häuser unbewohnt blieben und die leeren Wohnungen nach Hunderten zählten. Kein Unternehmer hatte Mut, einen Neubaufaufzuführen. Durch die Erhebung zur Stadt und den starken Zugzug hat sich dieses Verhältnis mit einem Schläge geändert. Ein Mangel kleinerer Wohnungen ist vorhanden und die Folge ist eine vermehrte Bauhätigkeit. So ist zwischen der Velziger- und Grunewaldstraße bis hinaus zur Wilmersdorfer Grenze ein ganz neues Stadtviertel im Entstehen begriffen. Auch in der Nähe der Station „Ebersstraße“ werden die neuangelegten Straßen der Bebauung erschlossen, so daß zu hoffen steht, daß die im Januar vorgenommenen Mietsteigerungen für den Oktober keine Nachahmung finden.

Im Zusammenhang mit der geplanten Bildung eines Regierungsbezirks Charlottenburg steht die Verlegung des Oberpräsidiums der Provinz Brandenburg von Potsdam nach Berlin. Diese Verlegung ist lange schon geplant, da der Oberpräsident zugleich auch der Präsident des Provinzial-Schulcollegiums ist und darum mehrmals in der Woche in Berlin amtlich zu thun hat. Mit Rücksicht auf Wünsche des Oberpräsidenten Dr. v. Achenbach hatte man aber, wie die „Potsd. Kor.“ schreibt, bisher von der Verlegung des Oberpräsidiums nach Berlin Abstand genommen. Herr v. Achenbach vollendet nun im November sein 70. Lebensjahr und dürfte dann voraussichtlich in den Ruhestand treten, so daß er für die Verlegung des Oberpräsidiums nach Berlin, die mit der Neubildung des Regierungsbezirks Charlottenburg unbedingt notwendig wird, kein Hindernis bildet. Für das Oberpräsidium sollen die bisher von dem Staatsministerium benutzten Räume in der Wilhelmstraße, die zum 1. Oktober d. J. frei werden, in Aussicht genommen sein.

Röpenitz. Gegen die Gültigkeit der letzten Stadtverordnetenwahlen der dritten Abteilung hatten unsere Parteigenossen Protest eingelegt. In der Sache stand am 20. d. M. beim Bezirksauschuss in Potsdam Termin an. Eine Entscheidung wurde nicht gefällt; der Bezirksauschuss beschloß vielmehr, wegen der eigenartigen Lage der Sache einen Termin in Röpenitz abzuhalten und zu diesem alle in Betracht kommenden Zeugen zu laden. Als Rechtsbeistand haben unsere Genossen sich den Rechtsanwalt Dr. Heinemann-Berlin angenommen, während der Magistrat sowie der Wahlvorstand durch den Stadtverordneten und Rechtsanwalt Dr. Schulze vertreten seien werden.

Zur Baumblüte in Werder a. H. hatten sich am Sonntag zahlreiche Berliner aufgemacht, die, obgleich der Wind recht frisch

wehte, sich auf den Obßbergen umhertummelten. Namentlich viele Rabler und Radlerinnen waren vertreten und mit den Stern-Dampfern wurden gleichfalls eine größere Anzahl Personen befördert. Die kalte Bitterung der letzten Tage hatte indessen die volle Entfaltung der Blütenpracht zurückgehalten, so daß nur vereinzelte Bäume ihre Knospen erschlossen hatten.

Beim Segeln auf dem Rummelsburger See ist gestern nachmittag ein junger Mann ertrunken, dessen Name noch nicht bekannt geworden ist. Zwei junge Männer wagten sich, obwohl sie vom Segeln nicht viel zu verstehen schienen, trotz des ziemlich starken Windes in einem kleinen Ruderboot gegen 4 Uhr auf den See hinaus. Ein plötzlicher Windsturz warf das Boot um; in wenigen Augenblicken sank es in die Tiefe. Schiffer eilten zwar bald zu Hilfe, es gelang ihnen aber nur, einen der Segler zuretten.

Eine eigenartige Falschmünzerei in Spandau aufgedeckt worden. Der Arbeiter Bohl vom königl. Feuerwerks-Laboratorium hatte ein- und zweifemigstücke vergoldet und sie als 10- und 20 Markstücke in Zahlung gegeben. Nachdem ihm dies Manöver wiederholt gelungen, wurde er Sonnabendabend in einem Schanklokal bei der Verhaftung eines zweifemigstücks als Zwanzigmarschler erfaßt und verhaftet.

Aus der Frauenbewegung.

Dem Philisterium, das an der Frauenbewegung nichts wie ein Objekt seines billigen Wipes sieht, wird in einem Artikel der „Welt am Montag“ derb der Text gelesen. Der Artikel sagt unter der Ueberschrift: „Plag den Frauen“:

„Seit einigen Wochen giebt man unter diesem Titel im Berliner Theater ein unangenehm albernem Stück, dessen einziger „Reiz“ in der denkbar plattesten Verhöhnung der Frauenbewegung besteht. Abend für Abend freut sich das Publikum, die Frauen an der Spitze, über diese Karikaturen einer Malerin, einer Rechtsanwältin und einer Ärztin. „Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie.“ Daß über das Maß der wünschenswerten Frauenemanzipation zwischen ernstern Leuten ernsthaft Meinungsverschiedenheiten bestehen können, ist natürlich und berechtigt. Aber daß man bei uns in Deutschland noch immer nicht in der großen Öffentlichkeit zu dem in anderen Ländern längst erreichten, eigentlich doch ziemlich bescheidenen Kulturniveau gelangt ist, die Frauenfrage aus der überwiegend humoristischen Behandlung auszuschneiden und sie unter die Lebensfragen des Volkes aufzunehmen, ist bedauerlich genug. Um so bedauerlicher, als man nicht etwa nur gewisse reaktionäre Parteien dafür verantwortlich machen kann.“

Der Artikel hält dann den einzelnen Berufs- und Berufskreisen, die sich gegen die Bestrebungen der Frauen wehren, ihre Engherzigkeit vor und wendet sich schließlich an die radikal-reformistischen Kreise, die der Frauenbewegung gleichfalls Mißgunst entgegenbringen, mit Berufung auf Professor Hertner, der die Ueberzeugung vertritt, daß jede gesunde Frau, die dem Reduzenshaupt des sozialen Problems fest ins Auge gefaßt, zu einer überzeugten Vertreterin sozialer Reform wird.“

Wäge der Artikel des bürgerlichen Blattes auf die Kreise, für die er bestimmt ist, nicht ohne Wirkung bleiben.

„Die Theorie von der freien Liebe und die Frauen“, so lautet das Thema eines Vortrages, den Fr. Elisabeth Riehnert Dienstag, den 25. April, hier in der Ziegelsr. 10/11 auf Veranlassung der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur halten wird.

Gewerkschafts-Zeitung.

Unser täglich Brot.

Das faule Gerede vom „Herr im Hause sein“ wird bekanntlich vom deutschen Unternehmertum und seinen Presselosen ständig wiederholt, wenn die Arbeiterkraft eines Gewerbes sich bestrebt, etwelchen groben Mißständen abzuhelfen. Wie in vielen Berufen — wir erinnern nur an das Bauwesen — so hat sich namentlich auch im Bädergewerbe an unzähligen Beispielen die Unfähigkeit der Unternehmer ergeben, das beanspruchte „Herrenrecht“ auch nur den bescheidensten Anforderungen der Sittlichkeit und Solidarität entsprechend auszuüben. Wie notwendig es nach jeder Richtung hin ist, daß der Arbeiter seinen „Brothern“ von den Lasten des Herrentums erlöst und selber ein gewichtiges Wort im Betriebe mitredet, zeigt mit erschreckender Deutlichkeit ein Verleumdungsprozeß, den mehrere Bädermeister in Wlitzburg gegen die dortige Lohnkommission der Bädergehilfen angestrengt hatten.

Die Kommission hatte seiner Zeit an die Bädermeister folgende Forderungen gerichtet: „Für Frühstück und Nachkaffee Zahlung eines Betrages von 30 bezw. 30 Pf. Drei freie Nächte im Jahr an Ostern, Pfingsten und Weihnachte. Einhaltung der 12stündigen Arbeitszeit und Sonntagsruhe. Für jeden Gehilfen ein eigenes Bett, das monatlich mindestens einmal mit frischer Wäsche zu versehen ist. Außerdem werden für die Zimmer der Gehilfen Tisch, Stuhl etc., sowie sonstige ausreichende Handwäsche gefordert. Endlich sollte für Aushilfsarbeit eines Gehilfen 3 M., eines zweiten 2 M. 50 Pf. und eines dritten Gehilfen 2 M. pro Tag bezahlt werden.“

Die Meister beachteten die Forderungen nicht und insolgedessen erließ die Lohnkommission ein Flugblatt, in dem unter anderem einiges Licht über die in vielen Bädereien herrschende Unsauberkeit verbreitet wurde. Dadurch fühlten sich eine Anzahl Bädermeister beleidigt und klagten. Sie werden mit sehr gemäßigten Gefühlen an diesen Prozeß zurückdenken.

Aus den Zeugnisaussagen ging folgendes hervor: Bei einem Bädermeister Ulrich wurde das auf dem Fußboden liegende, mit Sand vermischte Rehl zusammengekehrt und wieder zum Baden verwendet.

Nicht weniger denn 16 Wochen lang wurde keine frische Bettwäsche verabfolgt. In einem Zimmer wurden in fünf Betten sechs Personen zusammengepackt. Das Zimmer war so klein, daß stets je zwei Betten aneinandergestellt werden mußten und trotzdem blieb kaum ein Zwischenraum übrig, um einem Menschen den Durchgang zu ermöglichen. In der ganzen Woche wurde 4 Person ein Handtuch verabreicht. Bei dem Bäder-Pflanzenmüller wurde ebenfalls das Fußbodenmehl zu Brot verwendet. Es entstand durch das Einatmen des verunreinigten Fußbodenmehles ein schmerzlicher Juck auf dem Hals, den Pflanzenmüller selbst dadurch beseitigte, daß er das verriebene schmutzige Mehl mit dem anderen vermengte. Bei dem Bädermeister Schornberger, Vorsitzender der Bädererinnung, so deponiert ein Zeuge, seien in der Wadstube Kinderwindeln getrocknet worden. Bei dem Eintritt des Gehilfen wurde die Bettwäsche nicht gewechselt und während dessen dreiwöchentlicher Beschäftigung blieb die Wäsche die gleiche. Das Dienstmädchen des Bädermeisters Wilmi benutzte einen Eimer, in dem Milch und Wasser zu Wadzwecken zusammengemacht und auch die Hände in demselben gewaschen wurden, zum Aufwaschen von Böden etc. Bei dem Bädermeister Rieh hat der Handwasserläbel derart getrunken, daß sich der Gehilfe ekelte, das Gesicht darinnen zu waschen. Dieser wusch sich sodann im Wadzübel. Sieden Wochen lang wurde hier kein Bett mit frischer Wäsche versehen. Ein gehöriger Schweinstall existierte bei dem früheren Bädermeister Kraus. Dort hatten vier Mann ein „Zimmer“ und zwei Mann, ein Lehrling und ein junger Geselle, ein Bett. Ein mit Käsen behafteter Wursche schließ mit einem anderen zusammen. Kraus, von dem Vorfalle in Kenntnis gesetzt, that nichts zur Abstellung der Schweinerei, sondern beschästigte den Wurschen ruhig weiter. Erst die Gehilfen thaten das Ubrige zur Befreiung des Mannes von dem Ungeziefer. In Ermangelung einer gerade zur Hand stehenden Bürste ließ sich die Frau des Bädermeisters Stäber von einem Gehilfen, der gerade mit dem Putzen von Wadzgefäßen beschäftigt war, dessen hierzu benutzte Bürste geben und soll damit den Ruchtopf gefegt haben. In dem Betriebe des Bädermeisters Samstag ließ das Abwörtrohr direkt über den Wadtrog. Das Rohr tropfte und die saftige Flüssigkeit ergoß

sich in den Wadtrog, der zur Brotbereitung diente. Der Bädermeister Hirt ließ das Bett eines Gehilfen 8 Monate lang im Speck liegen, bevor dieses mit neuer Wäsche versehen wurde. Das Wasserhahn in der Wadzstube des Bädermeisters Gupp schwamm voll Ruffen und Schwaben. Troddem wurde das Wasser zur Brotbereitung verwendet. Bei dem Bädermeister Ziegler in der Semmelstraße ist es nach übereinstimmender Aussage von drei Zeugen am lustigsten zugegangen. Dort stand der Wechlasten in direkter Nähe der Abwörtrohre. Diese froz zu und plagte in der höheren Etage. Durch die Decke rann die schmutzige Masse im Verein mit der an den Wänden ablaufenden in den gefüllten Wechlasten, so daß ein ganzer Brei entstand. Nachdem eine primitive Reinigung vorgenommen, wurde Brot aus dem verkelten Zeug gebacken. Auch Sauerteig, der nach dem Gutachten eines Zeugen bereits in Fäulung übergegangen war, ist wieder zur Brotbereitung verwendet worden.

Angeklagt dieses erdrückenden Beweismaterials sprach der Gerichtshof die Angeklagten kostenlos frei. Die Kosten haben die Kläger zu tragen.

Der prinzipielle Vereiter als Gemeindevorsteher. Die preußisch-ostelbische Kultur spiegelte sich mit klassischer Klarheit in einem Prozeß wegen Vergehens im Amte wider, der am Sonnabend vor der Strafkammer Potsdam verhandelt wurde. Die Anklage richtete sich gegen den Gemeindevorsteher Otto Kindermann des Ortes Klein-Slienede.

Bevor er für würdig befunden wurde, die verantwortungsvollen Geschäfte eines Gemeindevorstehers zu führen, war er — Vereiter beim Prinzen Friedrich Leopold. Als solcher hatte er sich pensionieren lassen und dann das Amt eines Gemeindevorstehers in dem meistens von Angestellten des Prinzen bewohnten Dorfe übertragen erhalten. Welche Vorstellungen der Mann sich in seiner Eigenschaft als Vereiter von den Pflichten und Rechten eines Gemeindevorstehers gebildet haben muß, ergibt der in der Prozeßverhandlung entfaltete Thatbestand. Der Angeklagte hielt mit dem prinzipialen Futtermeister Wuhas gute Freundschaft. Die Frau des letzteren war nun mit dem Dienstmädchen Adelheid Witt, welche im gleichen Hause bei dem prinzipialen Obergärtner Duff in Stellung war, in Streitigkeit geraten. Wuhas stellte die Witt deshalb zur Rede und gab ihr einen Schlag ins Gesicht, worauf diese, da sie eine Waife, sich auf Anraten ihrer Herrschaft zu dem Gemeindevorsteher Kindermann begab, um von diesem die Ausstellung eines Vorarbeitscheines zu verlangen, da sie Wuhas verflagen wollte. Kindermann war durch Frau Wuhas schon von dem Vorfalle unterrichtet und fragte nun die Witt, wieviel Ohrfeigen sie von Wuhas erhalten hat. Als sie sagte, daß sie eine Ohrfeige erhalten, verabsolgte ihr der Gemeindevorsteher mit den Worten: „Sie können noch eine dazu kriegen“, eine Ohrfeige, ließ die Witt in eine Ecke und gab ihr noch eine zweite Ohrfeige, worauf er sagte: „Nun machen Sie, daß sie rauskommen.“ Kindermann verteidigte seine Handlungsweise damit, daß er geglaubt habe, doch ein bißchen Recht gegenüber dem Dienstmädchen zu haben. Der Staatsanwalt beantragte 100 M. Geldstrafe gegen den Angeklagten. Das Urteil lautete auf 75 M. Geldstrafe ev. 15 Tage Gefängnis.

Ob der Mann früher mit den Pferden seines Herrn ebenso „schlagfertig“ hat ungehen dürfen, wie hier mit einem wehrlosen Weibe?

Aus das muß einem Mitgliede der mecklenburgischen Ritterschaft passieren! Unser Rostocker Parteiblatt meldet: Der Ritterschaftsbesitzer Keimar von Plessen auf Kurzen Trechow hat, wie unsere Leser erinnern, am Stichwahltag im vorigen Jahre einen Rostocker, der der Wahlhandlung auf dem Gute des Herrn v. Plessen beizuwohnen wollte, gewaltsam aus dem Wahllokal entfernt. Von der Güstrower Strafkammer wurde v. Plessen dieserhalb am Sonnabend wegen Vergehens gegen § 240 Str.-G.-B. in eine Geldstrafe von 60 Mark verurteilt.

Wußte das dem mecklenburgischen Adel nicht als Umsturz alles Befestenden vorkommen?

Oberstaatsanwalt Dreßler sollte nach der Meldung eines ober-schlesischen Blattes zum Nachfolger des kürzlich verstorbenen Geheimen Ober-Justizrats Oberstaatsanwalts v. Dreßler in Breslau in Aussicht genommen, beziehungsweise bereits ernannt sein. Das trifft, wie von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, nicht zu.

Bei den Wahlen zum Niederbarnimer Kreistage, die am 18. Dezember 1897 stattfanden, liegen im Wahlverbände der Großgrundbesitzer fast durchweg die Kandidaten der liberalen Vorortspartei über die Kandidaten der Ritterschaftsbesitzer. Der Kreistag erklärte die Wahl sämtlicher neun Gewählten für ungültig, indem er annahm, daß sich die Vorortspartei großer Wahlbeeinflussungen schuldig gemacht hätte. Der Bezirksauschuss, bei dem die Gewählten Klage erhoben, erkannte jedoch in der Hauptsache zu deren Gunsten. Er erkannte die Gültigkeit von sechs Wahlen an, und erklärte die übrigen drei nur deshalb für ungültig, weil die eine Stimme, die bei ihnen die absolute Majorität ausmachte, von einem nicht zur Wahl berechtigten Manne abgegeben worden war. Das Ober-Vorwaltungsgericht hat jetzt die Berufung des Kreistages abgewiesen und das Urteil des Bezirksauschusses bestätigt.

Verfassungen.

Tempelhof. Am 18. April hielt der Arbeiter-Bildungsverein für Mariendorf und Umgegend eine Generalversammlung ab, die den Geschäftsbericht des Vorstandes entgegennahm. Der Verein zählt zur Zeit 120 Mitglieder. Der Kassierer hatte mit dem Bestand 150,65 M. Einnahmen, denen eine Ausgabe von 83,70 M. gegenüber steht. Hieraus wurden in den Vorstand gewählt: Als Vorsitzender Martin Müller, als Schriftführer Joh. Kersten, als Kassierer Ernst Ottmann, als Revisoren Schüttelopp, Bierjad und Fritz Müller.

Wilmersdorf. Am 10. April tagte im „Volksgarten“ die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins. Der Vorsitzende gab den Bericht über das letzte Geschäftsjahr. Sodann verlas der Kassierer die Abrechnung vom 1. Quartal, welche eine Einnahme von 151,50 M. und eine Ausgabe von 106,75 M. ergab. Müller berichtete hierauf über die dem Verein gehörige Bibliothek und folgte alsdann die Neuwahl des Vorstandes, die folgendes Resultat ergab: Viesler, 1. Vorsitzender; Köpping, 2. Vorsitzender; Witte; 1. Kassierer; Hauswald, 2. Kassierer; Preuß, 1. Schriftführer; Longwig, 2. Schriftführer; Müller, 1. Bibliothekar; Kraft, 2. Bibliothekar; Gieseler, Elias und Gudeus, Revisoren. Zu Bezirksführern wurden gewählt: 1. Bezirk: Köpping; 2. Bezirk: Antonius; 3. Bezirk: Müller; 4. Bezirk: Köhler; 5. Bezirk: Burgel; 6. Bezirk: Gieseler; 7. Bezirk: Präjer und Kraft. Der Monatsbeitrag wurde auf 20 Pfennig festgesetzt. Die nächste Versammlung findet am 10. Mai statt.

Berichtigung. Wir erhalten folgende Zuschrift: In der Nr. 91 des „Vorwärts“ befindet sich ein von einem Verlehter verfaßter Bericht über die öffentliche Musikinstrumentenarbeiter-Versammlung, in dem einige Unrichtigkeiten unterlaufen sind, die vielfach zu einer irrthümlichen Auffassung seitens der Kollegen Veranlassung gegeben haben. Zunächst ist die Versammlung nicht vom Fachverein der Musikinstrumentenarbeiter, wie zu lesen steht, sondern vom Vertrauensmann der isolalen Richtung derselben einberufen worden. Weiter hat sich in den Bericht ein fälschlicherweise Druckschreiber eingeschlichen. Diejenigen Kollegen, die die Versammlung am 1. Mai besuchen, bekommen nicht 1 M., sondern die Markante gratis, während die übrigen die Verpflegung haben, dieselbe mit 50 Pf. zu bezahlen. — G. Hoffner.

Vermischtes.

In Magdeburg ist am Montag das vor dem Stadttheater in Form eines Monumentalbrunnens errichtete **Immermann-Denkmal** enthüllt worden.

Zu Kiel schoß ein Marineleutnant, welcher vom Torpedoveruchschiff „Friedrich Karl“ aus dem Möwenschießen oblag, zwei in einem Segelboot vorbeifahrende größere Knaben an. Die Kugel durchdrang den Oberschenkel des einen und blieb im Bein des zweiten Knaben stecken.

Schwarze Voten. Der „Schles. Zeitung“ wird berichtet: Bei einer in das Kreiskrankenhaus zu Landau eingelieferten polnischen Arbeiterin sind die schwarzen Voten festgestellt worden. Umfassende Vorsichtsmaßregeln sind getroffen.

Aus Tirschan wird berichtet: Beim Brande eines Stalles auf dem bei Meise gelegenen Gut Gierspitz kamen drei Arbeiter in den Flammen um. Der Brandschaden ist bedeutend; u. a. sind 60 Stüd Vieh verbrannt.

Zwei Menschen auf offener Straße erschossen. In dem Seeabseer Nauischen wurden, wie man dem „Berliner Tageblatt“ meldet, zwei Einbrecher, alte Juchthändler, von einem Gendarmen nach heftigem Kampfe auf offener Straße erschossen.

Eisenbahn-Unfall. Die königliche Eisenbahn-Betriebsinspektion in Bielefeld macht bekannt: Am 22. April, abends 10 Uhr, sind beim Zusammengehen eines Güterzuges auf dem Bahnhof Bradwe 6 Wagen abgelaufen und auf den von Steinbagen kommenden Personenzug 609 gerannt. Reisende sind nicht verletzt. Vom Zugpersonal ist eine Person unerblich verletzt.

Nord im Hafen von Livorno. An Nord der preussischen Bark „Spekulant“, Kapitän Bogden, die mit einer Ladung Porzellan-erde am 20. April in Livorno Anker geworfen hat, wurde Sonnabend Bootsleute Schiffe aus Volgast erdrückt aufgefunden. Da angeblich Hände und Füße gefesselt waren, wurde die aus neun Köpfen bestehende Mannschaft verhaftet.

In der **Ortschaft Ragh-Kass** im Komitat Szabedel (Ungarn) brach Montag früh bei heftigem Sturmwinde ein großes Feuer aus; mehr als 50 Häuser sind niedergebrannt.

Aus **New-York** meldet man: In dem Juchthause auf der Wadswells-Insel, am Fluss East, brach am Nachmittag des 20. April Feuer aus. Die Flammen griffen rasch um sich, und trotz der sofortigen Bauart des aus Granitblöcken errichteten Gefängnisses brannte es in kürzester Zeit gänzlich nieder. Zur Zeit befanden sich in der Anstalt etwa 1000 Sträflinge. Diese wurden unter Verwahrung von Gefängniswärtern und Polizisten rasch aus ihren Zellen herausgeführt, ohne störende Zwischenfälle oder irgend welche Fluchtversuche.

Grausame Lynchjustiz. Wie aus Newnan (Nordamerika) telegraphisch gemeldet wird, ist dort Sonntag ein Nege, welcher beschuldigt wurde, einen Pächter ermordet und dessen Frau geschändet zu haben, von der Bevölkerung lebendig am Spieße verbrannt worden, nachdem ihm zuvor die Ohren und Finger abgeschnitten

worden waren. Derselbe gestand den Mord ein, beugnete aber das andere ihm zur Last gelegte Verbrechen. Der Gouverneur schritt vergebens ein, um die Lynchjustiz zu verhindern. Da man die Mache der Nege befürchtete, wurde um die Entsendung von Truppen bei dem Gouverneur nachgesucht.

Marktpreise von Berlin am 22. April 1899

Table with market prices for various goods like wheat, rye, and oil. Columns include item names, units, and prices.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Produktmarkt vom 24. April. Weizen gab um 1 M. im Werte nach. Hafer und Mais behauptet, Rindfleisch die Tendenz des Spiritusmarktes war heute feher, da für den Mai-Termin große Deckungen vorgenommen wurden.

*) Gierbericht vom 24. April. Normale Eier 2,20-2,60 M. Keine 2,05-2,10 M. per Schock. Tendenz flau. Berlin Eierzusufuhr betragen in voriger Woche 711 584 Kg, davon 674 380 Kg. per Niederländische, 23 180 Kg. per Ost, 10 760 Kg. per Stettiner, 1905 Kg. per Hamburg. Deutscher Bahn. Die Ausfuhr betrug 48 941 Kg, davon 6206 Kg. per Niederländische, 14 700 Kg. per Stettiner, 1080 per Böhmer, 11 562 per Hamburg. Deutscher Bahn.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll und die letzte Abonnementzahl mitzuteilen. Fragen ohne solche werden nicht beantwortet und schriftliche Antworten nicht erteilt.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

Kaabe. Die Länge des Berichtes richtet sich nach der Wichtigkeit des verhandelten Gegenstandes. **H. M. R.** Wismar liegt 8 Kilometer östlich von Honrover. **Luise:** Berlin-Hannover-Rdn. **H. Wolter, Seimler, 7.** Wurde 1883 aufgelöst. **Paul Gutz 83.** Weiden Sie sich persönlich an die Expedition des „Vorwärts“ und Sie werden die fehlenden Nummern erhalten.

M. S. Das Vermögenssteuer-Gesetz vom 14. April 1893 ist seit dem 1. April 1895 in Kraft getreten. Nach demselben wird die Ergänzungsteuer bei einem steuerbaren Vermögen von mehr als 4000 M. erhoben. Die Steuer beträgt bei 6 bis 8000 M. 3 M., bei 8-10000 M. 4 M., bei 10000-12000 M. 5 M. Es steigt sich so fort bei Steigerung von je 2000 M. Kapital die Steuer um je 1 M. Ein Kapital von 24-28000 M. steuert 12 M., 28-32000 M. steuert mit 14 M. und so fort bei Steigerung des Kapitals um je 4000 M. bis zu 60000 M. ein höherer Steuerbetrag von je 2 M., 60 bis 70000 M. steuert mit 30 M. Die Steuer steigt von da ab bei höheren Vermögen bis einschließlich 200000 M. für jede angelegene 10000 M. um je 5 M. Bei Vermögen von mehr als 200000 M. bis einschließlich 220000 M. beträgt die Steuer 100 M. und steigt bei höheren Vermögen für jede angelegene 20000 M. um je 10 M. - **S. S. 976.** Soweit ersichtlich, würde der Einwand der Verjährung hinsichtlich auf Erfolg haben. - **P. S. 1.** und 2. Ja im Verträge nichts weiter vereinbart, so ist nach richtiger, aber unrichtiger, Ansicht zu halten, falls nicht Entlassung wegen Krankheit eintritt. 3. und 4. Seit dem 1. Januar 1898 ist der Handlungsgehilfe nicht verpflichtet, sich den Betrag anrechnen zu lassen, der ihm für die Zeit der Arbeitsübernahme aus einer Krankheit oder Unfallversicherung zusteht. - **W. R. 999.** Ja. - **H. R. 3** bewahrt. - **H. G. 888.** Die Wartezeit ist für eine - ob durch Urteil oder ob durch Tod ihres Mannes ist gleich - geschiedene Frau 10 Monate. Von dieser Wartezeit kann Dispens erteilt werden. Die Frau wendet sich, um solchen zu erlangen, unter Überreichung eines bestimmten Uthen oder ärztlichen Attestes an das Amtsgericht. - **K. S., Rummelsburg.** Für durch Kontraktveranlassungen verursachte Zeit hat der Arbeitgeber nichts abzugeben. Das ist schon jetzt Rechts. Das Bürgerliche Gesetzbuch spricht diese Folge noch ausdrücklich aus und dehnt sie auf Arbeitsvertrag aus. - **H. R. 100.** Nein. - **G. S. 14.** 1. Ja, 2. Nein, 3. Ja, 4. Schriftlich unter Einwirkung der Rasse. - **W. R. 99.** Ja. - **H. R. 35.** 1. Und sind solche Anhalten nicht bekannt. 2. Durch 1. erlehbt, 3. Circa 2 bis 3 M. täglich. 4. An den Gewerkschaftsvorsteher. - **G. S. 1.** Den Vertrag kann er machen. 2. Das wird voraussichtlich länger dauern. 3. Es entstehen nur unbedeutende Kosten. - **G. S. 83.** 1. Nein, er hat aber für den Fall einmaliger Krankheit die Vergütung weiter zu zahlen. 2. Durch 1. erledigt. 3. Eine geistlich bewusste Arbeitszeit für Verhättnisse in kaufmännischen Geschäften gibt es nicht. - **Schleissheim.** Korrekturen sind gewerbliche Geschäfte und daher - falls ihr Gehalt nicht 2000 M. übersteigt - versicherungspflichtig. Klagen Sie bei der Gewerbe-Inspektion auf Anerkennung Ihrer Mitgliedsrechte gegen die Orts-Krankenkasse. Sie fertigt gelegentlich in der juristischen Sprechstunde genauer mit, welcher Beamte (wo?) in welchem Zimmer? Ihnen die lebenswichtige Auskunft erteilt hat: „wenn es Ihnen Spaß macht, versichern Sie“.

Witterungsübersicht vom 24. April 1899, morgens 8 Uhr.

Table with weather forecast for various stations including Berlin, Hamburg, and others. Columns include station names, wind direction, and temperature.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 25. April 1899. Gewand wärmer; zunächst ziemlich heiter bei mäßigen südlichen Winden; nachher Trübung und leichter Regen. **Berlin-Wetterbureau.**

Oris-Krankenkasse der Schneider zu Berlin. **Johann Schellart** am Sonntagmorgen um 10 Uhr entlassen nach kurzen Krankenlager. **August Wych.** Die Beerdigung findet am Mittwochmorgen um 10 Uhr vom Krankenhaus am Urban nach dem Witten-Birchhof, Hermannstraße statt. 29445 **Die trauernden Hinterbliebenen.**

Danksagung. Für die vielen Beweise der Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Schriftsetzers **Theodor Sigmund** sage ich meinen tiefgefühltesten Dank, insbesondere den Kollegen des Berufsstandes der H. S. Hermannschen Buchdruckerei für die schönen Kranzspenden. 29290 **Frau Emma Sigmund.**

Danksagung. Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten meinen herzlichsten Dank. 29425 **Karl Krämer** nebst Kindern, Chorinerstr. 73.

Kranzbinderel u. Blumenhandlung von **Robert Meyer, No. 2. Mariannenstr. No. 2.** Widmungskränze, Guirlanden, Ballkränzen, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Blumenhandlung P. Adromelt, Berlin SW., Blücherstr. 7. Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden etc. Billigste (Marktalen-) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Dienstag, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr: **General-Versammlung** bei **Habel, Bergmannstraße 5-7.** Tages-Ordnung: Bericht des Vorstandes, Kassenbericht, Neuwahl des Vorstandes, Vereinsangelegenheiten - Mitgliedsbuch legitimiert. Die Mitglieder werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. 238/8

Achtung! VI. Wahlkreis. Achtung! Dienstag, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr: **Partei-Versammlung** im „Köllner Hof“, Köllnerstraße 8. Tages-Ordnung: 1. Bericht der Vertrauensleute. 2. Bericht der Revisionskommission. 3. Vortrag des Genossen **W. Liebknecht:** Die Taktik der Sozialdemokratie und die Vor schläge Bernheims. 4. Diskussion. Zu recht zahlreichem Besuch laden ein **Die Vertrauensleute des 6. Kreises.** 219/14

Deutscher Holzarbeiter-Verband. (Zahlstelle Berlin.) Mittwoch, den 26. April, abends 8 1/2 Uhr, bei **Keller, Kopenstraße Nr. 29:** **General-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Kassenbericht vom 1. Quartal. 2. Bericht des Vorstandes, der Bezirksleiter, der Verfassungskontroll- und Brand-Kommissionen, des Arbeitsvermittlers und Bibliothekars. 3. Antrag auf Gehaltszulage der Verbandsgeschäftlichen. 4. Wahl des Arbeitsvermittlers. 5. Ausschluss mehrerer Mitglieder. 6. Verbandsangelegenheiten. Die Kollegen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. - Eintritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Achtung! Töpfer. Achtung! Mittwoch, den 26. April, abends 6 Uhr: **Oeffentl. Versammlung der Töpfer Berlins u. Umg.** bei **Scholz, Gr. Frankfurterstraße 71.** Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vertrauensmannes. 2. Bericht vom Bauarbeiter-Kongress. 3. Was ist zu thun, um unsere Lage zu verbessern? 193/4 Es ist Pflicht jedes Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Der Vertrauensmann: **H. David.**

Achtung! Suche fleißige, redegewandte Herren für den Verkauf eines leicht absetzbaren Artikels gegen gute Provision. Offerten unter **J. R. 7113** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.,** erbeten. 56/16

Handlungsgehilfen u. -Gehilfinnen! Dienstag, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr: **Gr. öffentliche Versammlung** in **Cohns Hof, Venthstraße 20.** Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Singer** über: **Der Achtuhr-Ladenschluss und die Regierungsvorlage.** 2. Diskussion. Der Vertrauensmann der Berliner Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen.

Achtung! Achtung! **Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter Deutschlands.** (Zahlstelle Berlin I und II.) Mittwoch, den 26. April 1899, abends 8 Uhr: **Kombinierte Mitglieder-Versammlung** im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c. Tages-Ordnung: 1. Wie gehalten wir in Zukunft unsere Organisation? 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 82/8 Mitgliedsbuch legitimiert. Wer länger mit seinen Beiträgen als 13 Wochen im Rückstand ist, hat keinen Zutritt. **Die Vorstände.**

Bauhandwerker-Krankenkasse für Berlin und Umgegend (G. S. 118). Mittwoch, den 26. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des **Herrn Hoffmann, Alexanderstr. 27c:** **Mitglieder-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Abrechnung des Kassierers vom 1. Quartal 1899, sowie Revisionsbericht. 2. Beschlussfassung über den abzuschließenden Verzeugsvertrag. 3. Jüngere Kassenanangelegenheiten. 38/6 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand, **J. H. H. Kotzke.**

Achtung! Steinseher. Achtung! Dienstag, den 25. April, abends 8 Uhr: **Oeffentl. Versammlung** bei **Rümann, Brunnenstraße 188.** Tages-Ordnung: 1. Der Stand unserer Lohnbewegung und unsere fernere Taktik. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 4. Verchiedenes. 174/3 Der **Verbandsleiter (Lohnkommission).**

Tischler-Verein. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß infolge Krankheit des Kassierers der zweite Kassierer **G. Kreischar,** Fruchtstr. 41, die Kassengeschäfte übernommen hat. Krankmeldungen usw. sind an denselben abends von 7 1/2-8 1/2 Uhr zu richten. 198/10 **Der Vorstand.** **Zur Maifeier!** empfiehlt für Händler und Restaurateure **Cigarrenspitzen** mit Vortrags von **Raffale, Marx u. a. à Dtd. 80 Pf.,** ferner ebensolche **Streichholzspitzen** von **100 Stüd 5 M. B. Günzel,** Köthlingerstraße 52. **Zu Sommerfesten!** Naturgarten mit prachtvollem Laubengang, 500 Pers. fassend, vollständig neu eingerichtet, Elektrische Beleuchtung, sind 1530/9 **Sonnabende u. Sonntage frei.** **Flora-Säle, B. Niesl, 17 Weberstraße 17.** Zur Winter-Saison **Sonnabende und Sonntage** nach frei. **Bereine und Gewerkschaften!** Gumbische mein **Welsch u. Parisch-** Bier-Lokal nebst franz. Billard und **Bereinszimmer** für 40-50 Personen, auch geeignet für Zahlabende. **Freih Schmidt, Kottbuser Damm 33** (früher Ritterstr. 49). Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich **Kampffur, 78** das **Welsch u. Parisch-Bier-Lokal** übernommen habe. 2939/6 Um gütigen Zuspruch bittet **Albert Grundmann.** Arbeitsnachweis der Klavierarbeiter.

Typographia. Das Ständchen findet Mittwoch nicht statt, sondern Sonnabend. **Der Vorstand.** **Bereinszimmer,** auch sehr passend für **Zahlstische** Sonntag, 20. **Bereinszimmer** zu vergeben, passend für 30 Personen. Kleine **Wohnung** in **August König.** **5 1/2 Bld. Brot 50 Pfg.** **H. Albrecht's Bäckerei** **Wrangelestr. 9, Krausstr. 19, Goldenfeldestr. 28, Lankestr. 12.** **bar und Teilzahlung, billigst** **früher Allee 110 I., Ecke Königsbergerstr.**

Möbel, Nur 3 Mk. **Alle Anzeigen.** **Schulgeschäfte,** 15 Jahre besteh., **Reise zu Herrenausgängen, schöne Muster 7-10 M.** Für 12 M. ff. **Gewand, auch Kammergarnstoffe, Paletots und Coisereffe, so lange der Vorrat reicht** **im Riesenstofflager** **14. Krausenstr. 14, 1 Tr., Stein Laden. 1520/1**

Eckdestillation, gangbare, **billig zu verkaufen** **Kannestr. 2, Cigarrengeschäft.** **Sägenzähne, gutgeh., verzugsfähig, billig** **verkauft** **Gampshausenstr. 15.** **Betten, schöner Stand, umhändelt, sof. f. 20 M. zu verk.** **Ritterstr. 118, v. II, Vergeblich.** 2930/6 **Ergelboot** **halten, Umhändelt, f. 125 M. Tiede, Posten-Ufer 35, Hof.**

Vermietungen. **Wohnungen.** **Ein Laden mit Wohnung** **groß, Keller und einem Vorhof, worin bisher Restaurantbetrieb fastge-** **funden, ist in Neu-Weichen, Lehn-** **straße 113, sof. zu vermieten.** 58/19 **Näheres bei d. Rennalter Steigerl.** **Zimmer.** **Prob. Parierzimmer u. Schlafr.** **zu verm. Schulstr. 20 b. Rörting.** **Schlafstellen.** **Wdrl. Schlafr. Wallstraße 21/22, Querg. 4 Tr. d. Rurth.** 2890/6 **Schlafstelle, sep. verm. Mariannen-** **straße 46, Querg. I links.** **Wdrl. Schlafstelle für Herren, sep.,** **b. Schäfer, Pringestr. 89.** 2932/6

Infolge der bedeutenden Kaffee-Zufuhr empfehle ich tadelloso gutschmeckenden, ohne Glasur gerösteten

Permanente Kaffee-Ausstellung aller Kaffee bauenden Länder.

zum Engros-Preis:

KAFFEE

zum Engros-Preis:

Cazengo (Mocca) Campinas-Mocca-Mischung

pro Pfd. 59 Pf. 68 Pf.

Campinas-Bourbon-Mischung Guatemala-Campinas-Mocca-Mischung

Versand-Haus von Kaffee und Kaffee-Surrogaten.

Deutsche Kaffee-Rösterei von A. Pennitz, Berlin C., Rosenthalerstr. 59.

30 Mark!!

Mark!! elegant Herren-Anzüge nach Mass.

30 Mk.

hochfeine Sommer-Paletots nach Mass. Für 10 Mark hochelegante Bekleidungsstücke nach Mass, guter Stoff, tadelloser Sitz, Riesenstofflager 14 Krausenstrasse 14, 1 Tr. Kein Laden, 1 Tr.

Robert Hecht, Berlin S., Cranienstr. 122. liefert schnell und billig alle parisiere Stempel in bester Ausführung. Kaufstempel Typen zum Anstempeln etc. sowie ganzer Güte von 1.50 Mk. an

Möbel-Magazin Otto & Slotawa, Tischlermeister. Berlin NW., Bremerstrasse 7. 2. Geschäft: Thurmstrasse 81. [10028*]

Barg-Magazin und Beerdigungs-Comtoir.

Wo ist die schönste in Berlin? In Warlichs Paradiesgarten 131. Schönehauser Allee 131.

Remele's Naturheilanstalt. Sanatorium „Drachenkopf“ Eberswalde bei Berlin.

Luftkurort, Gesundes Klima, Physikalisch-diatätische Heilverfahren, Suggestionstherapie, Magnetismus. Das ganze Jahr geöffnet. Gewissheitsvolle Behandlung. Hygienisch und ruhig am Walde gelegen. Komfortabel eingerichtet. Dampfheizung, Glühlicht, Duschen, Luftkissen, Luft- u. Sonnenbäder. Vorzügliche Erfolge bei allen chronischen Erkrankungen, besonders bei Lungens-, Nerven-, Frauenleiden, Licht- u. Rheumatisma. Pensionpreis inkl. Behandlung schon von 4 Mk. p. Tag an. Prospekt frei. Dirigiert: Arzt: Dr. med. von Gullfeld

Iffland-Bad zwischen Blumen- u. Gr. Frankfurterstr. Voh- u. Tanninbäder, Dampf- und Heißluft-Bäder. Für Damen Dienst- und Freitag-Sonntags. Sämtliche medizinischen Bäder. Annahme sämtlicher Krankenkassen.

Jede Uhr zu reparieren und reinigen kostet bei uns unter Garantie des Gutgehens nur 1 Mk. 50 Pf. (außer Bruch), kleine Reparaturen billiger. Großes Lager von Uhrenten für Herren und Damen in sämtlichen Metallen, maßig goldene nach Gewicht. Lager echter Kettenuhren Brillen und Fingerreife von 1 Mk. an. Oprenglieder von 6 Mk. an.

T. Stolz, N. Chausseestrasse 75. E. Roehert, O. Andreasstrasse 62.

Schonet Eure Wäsche mit Karol Weill's Seifenextrakt.

Möbel

Bleicherpinde, einfach, v. 20 Bz. an, feinschnitt v. 36, Bälchepinde v. 36, Schlafsofa v. 30, Wohnzimmersofa v. 25, Paneelelphen v. 60, Tischgarnituren I. all. Park v. 100, Bettstellen mit Federboden v. 30, Röhrenbetten mit Feder v. 33, Rattanortelchen v. 25, Kommoden, Kücheneisen v. 15, Sophaeisen v. 2 1/2, sowie alle sonstigen Möbel in großer Auswahl allerwärts Hochändige Einrichtungen, besonders preiswert, transportfrei. - 15012*

Möbel auf Zeitzahlung. unter Garantie, unter (alten) Bedingungen. Schier, Möbelfabrik, Neanderstrasse 13.

Betten Bettfedern, Dunnen

Bettische, Aufsteif, Schlaf u. Steppdecken, eiserne Bettstellen, Kinder-Bettstellen und Matrassen empfiehlt A. Werner, Rommandanten. Berlin S., Strahe Nr. 43. a. b. Dranienstr. Versand gegen Nachnahme. Man verlange Preisliste.

Wer

sich im Hinblick auf die Rauschgift Versteine des Potent über die Grundzüge und Forderungen des Nationalen Sozialismus im Originaltext unterrichten will, lese die Broschüre: „Letzt zur Durchführung des Sozialismus die Gründung einer neuen sozialdemokratischen Partei notwendig?“ Wiederverkauft werden überall gesucht. Gegen Einzahlung von 35 Pf. in Brief direkt zu beziehen von (2834) A. Penert, Leipzig-Gohlis.

Fahrräder

Stets großes Lager erstklassiger Fabrikate auf 14125* ohne Preisermäßigung zu den konstanten Zahlungsbedingungen Kataloge gratis für Herren u. Damen zu billigen Preisen unter Garantie.

Adomeit & Landau Lothringerstr. 48 I. Nicht am Rosenthaler Thor.

Zähne 1,50 M. Schmalz, Zahnfleisch 1 M. Wunden 1 M. J. E. Fahrmann, Drenth, Scheidestr. 245 a. Gde. Rahmentalerstr. 1892*

Fahrräder-Teilzahlung direkt aus der Fabrik mögliche Anzahlung, sonst Teilzahlung. 1 Jahr schriftl. Garantie. 33. Cranienstr. 33. (1415)*

Kranken-Möbel aller Art Zimmer u. Strasse. Extra-Preislisten.

„Schlafepatent“ Jaekels Patent-Möbel sind die besten. Man verlange reich illustrierte Preisliste gratis und franko, BERLIN SW., Markgrafensr. 20, Ecke Kochstr.

15fach verstellbare Keilkissen für Asthmatische, Wochenrinnen, für jede Bettbreite. Preis 20 Mk.

3. Ziehung d. 4. Klasse 200.000. Reich. Lotterie.

Ziehung am 24. April 1909, samstags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt. (Cf. Nr. 6040.)

3. Ziehung d. 4. Klasse 200.000. Reich. Lotterie.

Ziehung am 24. April 1909, samstags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt. (Cf. Nr. 6040.)

3. Ziehung d. 4. Klasse 200.000. Reich. Lotterie.

Ziehung am 24. April 1909, samstags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt. (Cf. Nr. 6040.)

3. Ziehung d. 4. Klasse 200.000. Reich. Lotterie.

Ziehung am 24. April 1909, samstags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt. (Cf. Nr. 6040.)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, den 25. April.
Opernhaus. Die Walküre. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Das fünfte Rad. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Hans. Sörber: Mutter Herz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Der Vergiftungstropfen von Ammergau. Anfang 8 Uhr.
Festung. Die Lumpen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Min. Anfang 7 1/2 Uhr.
Meißner. Der Schlafwagen - Kontrakt. Sörber: Zum Einsiedler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Hofkunst. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weiten. Der Wildschütz. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Nach dem Valle. Sörber: Die eiserne Jungfrau. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Der Raub der Sabinerinnen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Lilien. Die Kumpen. Anfang 8 Uhr.
Volk-Milieu. Drei Paar Schuhe. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Die Bulgaria. Anf. 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Fuhrmann Heuschel. Anf. 8 Uhr.
Alexanderplatz. Die Bedenken von Berlin oder: Der Raub der Sabinerinnen. Anfang 8 Uhr.
Wiener Volkstheater. Rumpackungsbund. Ihr Cousin. Anfang 7 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Taubenstrasse 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Operntelephon. Invalidenstr. 57/58. Täglich abends von 6-10 Uhr: Sternwarte.

Schiller-Theater
(Volkstheater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Zum 1. Male: Der Herrgottschneider von Ammergau.
Vollständiges in 5 Aufzügen von Ludw. Ganghofer und Hans Reuent.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Herrgottschneider von Ammergau.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Herrgottschneider von Ammergau.

Ostend-Carl-Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Zum 24. Male:
Die Bulgaria.
Sensationelles Ausstattungsdrama mit Gesang in 10 Bildern von Hans Buchholz. Gesangstexte von J. Dill. Musik von W. Hall.
Vorzugsbilletts haben Vorrang.
Am Tunnel von 7 Uhr an
Frei-Konzert.
Anfang 8 Uhr.
Morgen Mittwoch: Neues Schlußbild: Die Ankunft der Bulgaria in Hamburg. Großes sensationelles Schlußbild.

Central-Theater
Direktion: José Ferenczy.
Die Puppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Ordonneau u. Sturges. Musik von Ed. Audran.
Morgen und folgende Tage: Die Puppe (La Poupée).
Sonntag nachmittags 3 Uhr, zu halben Preisen, zum letztenmal in dieser Saison: Der Bettelstudent. Operette in 3 Akten von C. Wilder.

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
Letzte Woche!
Die eiserne Jungfrau.
Bauweise in 3 Akten. Musik v. Barnay.
Urauf am 1/10 Uhr:
Schauspiel von Mr. Séverin:
Après le bal
(Nach dem Ball).
Pantomime in 3 Akten.
Voranzeige!
Dienstag, den 2. Mai 1899:
Eröffnung der
Sommer-Spezialitäten-Saison.

Specialitäten L. Ranges.
Operette - Ballett
Nur erstklassige Kräfte.
Neu: Kleine Garten-Anlagen.
Vortreffliche Ventilation.
Exquisite Küche.
Vorzügliche Getränke.
Bei mässigen Preisen.
Dies alles wird dazu beitragen, das Metropol-Theater zu dem beliebtesten Sommer-Etablissement der Berliner Familien und der Fremden zu machen.
Orchester: Fronteul 3 M., Parzell, (reifer Tisch) 2 M., Entree 1 M., Balkonlogen 1 M., Ranglogen 2 M., Balkonterrasse (Tische 4 M.), Rang-Promenaden (Tische) 1 M.
Das Rauchen ist in allen Räumen gestattet!

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Im Theater:
Das Land der Fjorde.
Im Hörssaal:
Dr. Spies: „Eins tausendstel Sekunde.“
Invalidenstr. 57/58:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 6-10 Uhr.

Passage-Panoptikum.
Letzte Woche!
Das Riesenschiff.
Die schöne Tatarierin.
Don 6 1/2 Uhr:
Theatre varié.
Excelsior.
dargestellt von 500 künstl. Menschen.
Mittwoch, Sonnabend, Sonntag 4 Uhr: Kindervorstellung.

Castan's Panoptikum.
Ecke Friedrich- u. Behrenstrasse.
Neu umgestaltet und verschönert!!
Humoristische Original-Zigeuner-Kapelle im Konzertsaal.
Neu!!

Thalia-Theater.
Tresdenstr. 72/73.
Gastspiel Emil Thomas.
Letzte Woche!
Der Raub der Sabinerinnen.
Schauspiel in 4 Akten von F. und P. v. Schöthan.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonnabend, 29. April: Benefiz für Georg Kaiser. Der Raub der Sabinerinnen.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
(Weibel, Meier, Britton, Steibl, Krone, Schneider und Schröder.)
Britton als Vauken & Schinje der Stolz vom Regiment.
Anfang heute 7 Uhr.
Entree 50 Pf.
Numerierter Balkon 75 Pf., Balkon-Loge 1 Mk., Orchester-Loge 1,50 Mk., Fremdenloge 2 Mk. Tageskasse 11-1.
Die Plätze zu den numerierten Sigen sind seit 8 Tage lang vorher zu haben.
Jeden Freitag:
Neues Programm.

W. Noacks Theater
Brunnenstr. 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Theater-Vorstellung.
Der Wildschütz
Schauspiel mit Gesang in 3 Akten von A. Koberke.
Sörber: **Gringoiné.**
Schauspiel in 1 Aufzug v. D. Mendel.
Nach der Vorstellung: **Tanzfränzchen.**

Apollo-Theater.
Nur noch wenige Tage!
Ein Abenteuer im Harem
Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag, den 1. Mai 1899:
Zum ersten Mal:
Frau Luna.

Burlesk-Phantastische Ausstattung-Operette in 1 Akt und 4 Bildern von Bolten-Bäckers. Musik von Paul Lincke. In Scene gesetzt vom Direktor E. Waldmann.
Unter persönlicher Leitung des Komponisten.
Vorverkauf hat bereits begonnen und sind Billets täglich im Theater und beim „Kunstlerdank“, Unter den Linden 69, zu haben.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Nur noch bis 1. Mai:
Abendstück um 8 1/2 Uhr:
Fuhrmann Heuschel.
Dazu das erstklassige große Spezialitäten-Programm.
Sonntag, den 30. April:
Letzte Sonntags-Vorstellung.
Montag, den 1. Mai:
Schluss der Saison
Großes Maifest.
Abschieds-Vorstellung.
Sommerwacht-Feierung.
Anf. 7 1/2 Uhr. Sonntag 7 Uhr.
Billet-Bero. vorm. v. 11-1 Uhr.

Mährs Theater
Cranich-Str. 21.
Täglich:
Der Goldbauer.
Original-Schauspiel in 4 Aufzügen von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Anfang 8 Uhr. - Sonntag 8 Uhr.
Abendstück Hans Wälchlein.

Aleazar-Theater
Dresdenstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Täglich mit stürmischem Jubel:
Endlich allein!
Gesangs-Vorstellung von Joh. Ehnert. Musik von Max Schmidt.
In Scene gesetzt v. Otto Wendt.
Dazu das vorzügliche neue Special-Programm, u. a.
Mr. James Thomas,
Juggler on the wire.
Wochentags Entree frei!
Sonntags 30 Pf.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.
Direktion: J. M. Ritt.
Täglich:
Konzert- und Spezialitäten-Vorstellung.
Aufstehen von Künstlern 1. Ranges.
Jeden Sonnabend und Sonntag nach der Vorstellung:
Tanzfränzchen.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Jeden Sonntag, Montag u. Freitag
Humoristische Soiree der Norddeutschen Sänger
(Fuhrmann, Horst, Walde).
Anfang:
wochentags präc. 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf.

Jacques Raphaëli
Inh.: **Th. Büsing**
— Berlin C., An der Spandauer Brücke No. 2. —
Schuhwaren.
Eleganteste Passform.
Garantie f. Haltbarkeit durch gedruckte Garantieschleife.

Für Herren:
Segeltuch-Schnürschuh Absatz, Lederbesatz . . . 3,10
Rindleder-Zug- oder Schnürschuh, reine Leder, zuthaton . . . 3,90
Echt Ziegenleder braun Schnürschuh . . . 5,75
Zugstiefel ohne Naht, Rindleder . . . 5,-
Zugstiefel ohne Naht, Wildkalbleder, genäht . . . 6,75
Schnürstiefel, la Ross., hochfeine Ausführung, spitz und eckig . . . 8,50
Derselbe in braun, echt Ziege . . . 10,-
Raphaëli Goodyear Welt, Kalb-Schnürstiefel, ohne Naht . . . 10,75
Für Damen:
Segeltuch-Schnürschuh, Absatz, Lederbesatz . . . 2,60
Rossi. Schnür- oder Knopfschuh . . . 3,75
Echt Ziegenleder braun, Schnür- oder Knopfschuh 4,25
Echt Ziegenleder, Schnür- oder Knopfstiefel 6,75, 7,50
Brauner echt Chevreaux-Knopf- od. Schnürstiefel in elegantester amerikanischer Façon, nur . . . 9,50
Kinder-, Mädchen-, Knabenschuhe u. Stiefel
jeden Genres, jeder Größe in größter Auswahl.
Größtes Lager in Herren- und Knaben-Garderobe, Cigarren, Cigaretten u. Spirituosen.
Bei Einkauf von M. 3.- Reise flasche mit Likör gratis.
Man verlange gratis und franco mein Preisbuch.

Möbel-Kaufhaus
166^{II} Oranienstr. 166^{II} am Oranienplatz.
Beste Bezugsquelle für Möbel, Spiegel und Polsterwaren zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

In dem nasskalten Klima Deutschlands billiger und bekömmlicher als Bier!
Oswald Nier's Ungegypste!
Kein k. Gemisch, kein Malz, keine sog. schwer. Weine etc., sondern seit 1876 laut Fürst v. Bismarck's Worten: „Nationalgetränk“ Angenehm, leicht trinkbar und dabei so sehr stärkend
Naturweine aus Weintrauben
v. 10 Pf. pro 1/2 L. an, sow. in m. plomb. Orig.-Flaschen v. 1/4, 1/2 u. 1 L.
f. Festlichkeit, Vereine, Krankenhäuser bew. hoh. Rabatt!
57 Centralgesch. (41 in Berlin) und über 1000 Filialen in Deutschland!
Ausf. Preisocourant nebst Broschüre gratis und franco.
Hauptgeschäft und BERLIN N., Lindenstr. 130-
Verzandabteilung No. 17
OSWALD NIER

Möbel und Polsterwaren.
Arbeit, äußerst billige Preise, empfehl. Reichendergewitz. 5. und Theilgung!
A. Schulz,
10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Teilzahl. wöchentl. 1 M.
Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprockel. 9-7.

Nicht trinkbar
erscheinen die jetzt so vielseitig angebotenen billigen Kaffees demjenigen, der eine gute Tasse Kaffee gewöhnt ist. Man sollte lieber gute Kaffeesorten kaufen, die zur Zeit ebenfalls schon zu mäßigem Preise zu haben sind. Die Mehrausgabe für guten Bohnenkaffee kann man leicht dadurch ausgleichen, daß man etwa zur Hälfte Kathreiner's Malzkaffee verwendet, der infolge seiner Bekömmlichkeit und seines ausgesprochenen Kaffeegeschmacks zu den wenigen Zusätzen zählt, die den Kaffee tatsächlich verbessern. Das ist aber sein einziger Vorzug nicht, der noch größere liegt auf hygienischem Gebiet, denn der Kathreiner'sche Malzkaffee schwächt die aufregende Wirkung des Kaffees ab oder hebt sie bei Verwendung entsprechender Mengen ganz auf.

Maifest 1899.
Großen, welche den Vertrieb meiner in 11 Farben hergest. künstl. ausgef. **Maifest-Postkarte** energisch in die Hand nehmen wollen, werden unter günstigsten Bedingungen gesucht. Näheres durch H. Genuing, Postfach 1111, Nürnberg. 1898/99
Bei meinem Scheiden aus dem Konzerthause kann ich es nicht unterlassen, allen, die meinem Unternehmen Wohlwollen entgegen gebracht haben, meinen herzlichsten Dank auszusprechen. Ich schicke hieran die Bitte, dieses Wohlwollen auch auf mein neues Heim, das Konzerthaus Sandbühl, welches ich, nachdem es der Neuzeit entsprechend hergerichtet sein wird, in der zweiten Hälfte des August eröffnen und in dem bisher geführten Rahmen von Hoffmanns Quartett und Humoristen führen werde.
Mit vorzüglicher Hochachtung
Adolf Hoffmann.

Sophastoffe
auch **Reife**
in Nips, Damast, Crêpe, Pantofle, Gobelins und Plüsch (preisbillig!) (6129)
Proben franko!
in allen Qualitäten zu haben.
Läuferstoffe
Berlin S., Cranichstr. Nr. 158.
Emil Lefèvre,

Arbeitsmarkt.
Achtung, Drechsler!
In der Wildhauerstr. 14, haben Wollf'sche Drechsler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
Zugang fernhalten.
79/14

Achtung, Holzarbeiter!
Bei Eisholz, Frankfurt. 52, haben die Kollegen im Streik. Zugang ist fernzuhalten.
In der Dantzigstraße 4, haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.

Stellenangebote.
Cigaretten-Arbeiter.
Geschulte und erfahrene Arbeiter erhalten dauernde und lohnende Beschäftigung. Auskünfte erteilt brieflich **J. Kramrich,** Leiter der Cigaretten-Abteilung bei **Stephen Mitchell & Son,** 36, St. Andrew Square, Glasgow (Schottland). M. 57/13*
Zwei Tischler auf Wochentags-Arbeitliche verl. S. Liebs, Weißensee, Ranghandstr. 22. 28826

Meister resp. Vorarbeiter,
der besonders tüchtig und erfahren in der Fabrikation von Gummi, Gummi-Artikeln, von einer der bedeutendsten Gummi-Fabriken Deutschlands gesucht. Dauernde Stellung u. hohes Verdienst. Discretion zugesagt.
Angebote unter F. D. R. 124 an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.

Meister resp. Vorarbeiter,
der besonders tüchtig in der Fabrikation von Patent-Gummi-Artikeln aller Art, von einer der bedeutendsten Gummi-Fabriken Deutschlands gesucht. Dauernde Stellung u. hohes Verdienst. Discretion zugesagt.
Angebote unter F. E. R. 125 an Rudolf Mosse, Frankfurt a. M.
Geübte Schriftmaler verlangt (1538L*) Gekker, Prinzenstr. 32.
Kartonfabrik verlangt (29335) Zuschneider.
Weldg. R. P. Hauptpostamt Königsbr.
Karton-Zuschneider
sucht Gust. Fränkel, Rastattener-Allee 79.

Schriftmaler,
der auf Sandstein u. Marmor arbeiten kann, verl. Parschke, Bergmannstr. 32.
Gesellen auf Mägen verl. Sonjon, Frankfurterstr. 35. (29435)
Besitzer auf Vießen verlangt (29335) Rirdorf, Seelowstr. 4.

Mamsells
auf Knabenladen u. Knaben 70-1.2002, verl. dauernd in u. aufrum Hause (28056) G. Easler, Brannenstr. 84 II.
25755 **Vergolderin** verlangt **Zahlemaunstr. 39.**
Stufen-Arbeiterinnen auf mitteleben und besseren Genre, sucht **Louis Ascher,** Kleanderstr. 43, 2 Et. (27275) Engros - Export.
Stichdecken-Näherinnen verl. Jünter, Schmidtstr. 10. (29018)
Kartonarbeiterin, geübt, verl. Baste, Rastattener-Allee 28. (29445)
Wäscherinnen (29165) verlangt Weihenburgerstr. 29, G. I. I.